

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Verantwortlicher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 31. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Verantwortlicher: Amt I, Nr. 5121.

Ein agrarisches Zugeständnis.

Die in dem intelligenteren Teil des Viehzuchttreibenden Bauernstandes zunehmende Erkenntnis, daß ihn die Annahme des Zolltarif-Entwurfs schädigen würde, da die Vorteile der Zollerhöhungen auf Vieh und tierische Produkte durch die Nachteile der geplanten Zollbelastung auf Futtermittel mehr als reichlich ausgeglichen werden, ist den agrarischen Kapazitäten von der Spectes der Wangenheim, Hahn und Vertel im höchsten Grade unangenehm; denn zu der Durchsetzung der von ihnen im Dienst und Interesse der ostelbischen Großgrundbesitzer gestellten Forderungen ist die Mitwirkung des mittleren und kleineren Bauern nun einmal nicht zu entbehren. Seit einiger Zeit wird denn auch in den für ländliche Wähler bestimmten keinen Provinzialblättern mit allen Mitteln der Sophistik den obstinaten Bauern klar zu machen versucht, daß das sogenannte landwirtschaftliche Interesse einen „lückenlosen Zolltarif“ verlangt, denn wenn die Futtermittel-Zölle nicht erhöht würden, werde sich sofort die Landwirtschaft in stärkerem Maße der Viehzucht zuwenden, und dann würde auf diesem Gebiet eine Ueberproduktion entstehen, welche die dauerliche Viehhaltung unrentabel machen müßte. In einem neuerlichen, zur Aufnahme in die Kreis- und Landratspresse bestimmten Artikel der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ heißt es in dieser Beziehung:

„Die Getreidebauer, die trotz aller Sorgfalt, trotz aller angewandten Mühe infolge der unzulänglichen Getreideernte nicht einmal die Produktionskosten decken können, würden diesen unrentablen landwirtschaftlichen Betriebszweig auf das allgeringste Maß einschränken, und zu der inzwischen unter dem Schutze hoher Zölle rentabel gewordenen Viehzucht, beziehungsweise Viehmästerei übergehen. Von dem Augenblick an, wo dies in größerem Umfange geschieht, würde dann eine heute schon auf dem Gebiete der Viehzucht drohende Ueberproduktion entstehen, die im Handumdrehen die Vieh- und Fleischpreise werfen und damit auch diesen Zweig der Landwirtschaft ebenso wie den Getreidebau dem sicheren Untergange entgegenführen würde.“

Und zwar erfordere, so wird weiter argumentiert, dieses „landwirtschaftliche Interesse“ nicht nur die Erhöhung der Zölle auf solche Futtermittel, die in Deutschland selbst angebaut werden, sondern auch auf jene, die im Ausland nicht produziert werden, z. B. auf Mais, denn das Maismehl mache heute schon dem Weizenmehl Konkurrenz, und ferner gehe man darauf aus, Bier aus Mais zu brauen, besonders aber drohe er die Kartoffelspiritus-Fabrikation völlig unrentabel zu machen.

„Der Viehzüchter und -mäster seinerseits“, heißt es dann weiter, „der heute nicht ohne billigen Mais und andere ausländische Futtermittel prosperieren zu können meint, wird alsbald zu seinem eignen Schaden folgende Erfahrung machen: Die Viehmästung wird immer mehr und mehr den Händen der Viehzüchter, der Landwirte entzogen werden. Jeder über ein gewisses Kapital verfügende Nichtlandwirt wird in der Lage sein, sich an einem für die Einfuhr besonders geeigneten Punkt, möglichst in der unmittelbaren Nähe großer Absatzgebiete (Großstädte oder dicht bevölkerte Industriezentren) niederzulassen, Vieh aufzukaufen und dann den besonders günstigen Bedingungen für die Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel sowie für den Absatz seines gemästeten Viehes, seinen landwirtschaftlichen Konkurrenten mit Leichtgläubigkeit aus dem Felde schlagen können.“

Die Argumentation steht genau auf derselben Höhe, wie die vor einigen Tagen beleuchtete, daß eine Aufhebung der Grenzsperrde der Fleischkonventionen gar nichts nützen könne, da wenn 2 bis 3 Millionen Schweine jährlich mehr in das deutsche Zollgebiet eingeführt würden, sicherlich ebenso viele von der Maul- und Klauenseuche befallen würden und krepieren müßten. Interessant ist aber, daß erstens, wie der Hinweis auf die Verwendung von Maismehl anstatt des Gersten- und Hafermalzes zur Bierproduktion und von Mais statt der Kartoffel zur Spiritusherstellung beweist, die Bundeshauptlinge, obgleich sie von einem allgemeinen landwirtschaftlichen Interesse sprechen, doch unter diesem ausschließlich das spezifische Interesse der ostelbischen Großgrundbesitzer verstehen, und zweitens, daß sie indirekt zugeben, die Viehhaltenden Bauern würden von dem neuen Zolltarif keinen Vorteil haben und dürften auch keinen erlangen, da eine weitere Steigerung der Rentabilität der Viehzucht notwendig zur Ueberproduktion und zum Preisdruck führt, eine Ansicht, die zu der sonst behaupteten Rolle der Viehzüchter und den Klagen über die niedrigen Viehpreise recht schlecht stimmt. Wenn die Vieh-Zollerhöhungen bereits eine derartige Zunahme der Rentabilität der Viehhaltung bedeuten, daß ohne das Gegengewicht der Zollerhöhungen auf fremde Futtermittel sofort sich Landwirte und Nicht-Landwirte in Masse und zwar obgleich sich für erstere der Getreide-Anbau infolge der geplanten Getreide-Zollerhöhungen ebenfalls lohnender gestaltet, auf die Viehanzucht werfen, dann kann unmöglich die jetzige Lage der Viehzüchter und -Mäster eine so elende sein, wie sie sonst aus agitatorischen Gründen die „Korrespondenz“ schildert.

Selbstverständlich ist die Behauptung, eine Nichterhöhung der Zölle auf fremde Futtermittel werde sofort zur Ueberproduktion führen, — sonst heißt es, die deutsche Viehzucht müsse so gehoben werden, daß sie völlig allein den deutschen Markt versorgen könne — nichts als Spiegelschere. Der Uebergang zur Viehhaltung ist denn doch noch von ganz anderen Bedingungen abhängig, als nur von dem Wünschen oder Ver-

lehen der Getreidebauer. Das wissen die Herren, wenn ihnen vorgehalten wird, warum nicht Ende der siebziger Jahre die deutsche Landwirtschaft gleich der dänischen in größerem Maße zur Viehhaltung übergegangen sei, sonst recht gut auseinanderzusetzen. Uebrigens läßt sich dasselbe Argument mit mindestens gleichem Recht auch auf den Getreidebau anwenden. Auch von ihm läßt sich behaupten, daß die Steigerung seiner Rentabilität durch die geplanten Zollerhöhungen dazu führen müsse, daß sich die Landwirtschaft weit mehr auf den Getreide-Anbau legen und dadurch eine Ueberproduktion, wenigstens im Osten, entstehen werde. Hier dieses Argument anzuwenden, fällt aber den Wortführern der Agrarier nicht ein.

Was die Futterzölle anbetrifft, so stehen die Interessen des ostelbischen Junkers denen des west- und süddeutschen Bauern direkt gegenüber, und da ist eben selbstverständlich, daß letztere sich beschneiden müssen; denn im Grunde genommen ist der Bund der Landwirte eine reine Interessenvertretung des ostelbischen Grundbesitzes, die nur das Kleinbauernstum als Vorspann gebraucht. Der Großgrundbesitz des Ostens aber hat kein Interesse an billigen Futtermitteln; er betreibt nur in möglichem Umfange Viehzucht und produziert die für diese erforderlichen Futtermittel selbst; ja er bringt meist von diesen noch große Mengen auf den Markt. Dagegen ist der mittlere und kleine Bauer in den meisten Gegenden West- und Süddeutschlands vor allem Viehzüchter und -Mäster, der durchweg einen großen Teil seines Futterbedarfs hinzukaufen muß. Während z. B. nach der Zählung von 1895 auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche bei den Betrieben über 100 Hektar in Ostpreußen nur 27,4 Stück Rindvieh und 9 Schweine, in Westpreußen 21 Stück Rindvieh und 11,9 Schweine, in Pommern 18,3 Stück Rindvieh und 13,7 Schweine kamen, entfielen auf die gleiche Fläche bei den Kleinbäuerlichen Betrieben von 2-5 Hektar in Bayern 97,5 Stück Rindvieh und 46,9 Schweine, in Württemberg 101 Stück Rindvieh und 45,7 Schweine, in Baden 101,3 Stück Rindvieh und 60,4 Schweine.

In diesem Widerstreit der Interessen des ostelbischen Junkers und südwestdeutschen Kleinbauern geht naturgemäß die innige Bauernliebe der Bundesleitung stöten; viel notwendiger als der bairische oder bayrische Kleindauer sind ja unbedingt die Grafen von Arnim, Kanitz, Kündowström usw. Und da bessere Gründe sich nicht bieten, werden im Gegenzug zu den sonstigen Deklamationen offen die Viehzoll-Erhörungen von der „Korrespondenz“ als hohe bezeichnet, und angenommen, allein schon eine Nichterhöhung der Zölle auf in Deutschland nicht angebaute Futtermittel genügt, die Viehhaltung so rentabel zu machen, daß eine Ueberproduktion eintreten muß.

Für die kommenden Verhandlungen der Zolltarif-Kommission über die Viehzölle liefern diese Ausführungen der „Korrespondenz“ ein wertvolles Zugeständnis. Wenn nach Ansicht der Bundesleitung der Landwirte die geforderten Viehzollerhöhungen ohne das Korrektiv stark erhöhter Futtermittel die Viehhaltung so rentabel gestalten würden, daß eine baldige Ueberproduktion in sicherer Aussicht steht, so folgt daraus unbedingt, daß ohne die Anwendung dieses Korrektivs, d. h. ohne die geplante hohe Steigerung der Futtermittelzölle, die jetzigen Viehzölle der Viehzucht eine mehr als ausreichende Rentabilität sichern. Und die Kompetenz der Bundesleitung zur Beurteilung derartiger Fragen werden doch die agrarischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission nicht bestreiten wollen.

Die Zolltarif-Kommission

des Reichstags letzte Donnerstag die Beratung über § 8 des Tarifgesetzes und die zahlreichen dazu eingebrachten Anträge über die Ursprungszeugnisse etc. fort.

Abg. Brömel (fr. Vg.) nimmt die Handelskammern, die gegen die Ursprungszeugnisse protestiert haben, gegen den von der Regierung erhobenen Vorwurf der Agitation in Schutz. Die Handelskammern hätten nichts anderes geihan wie die Regierung und sich genau so gegen die Anträge ausgesprochen, wie Graf Posadowsky und Direktor Wernuth. Ursprungszeugnisse seien sehr schwierig anzustellen, häufig wieder Unrichtigkeiten vorkommen. Es liegt hier gar kein Bedürfnis für eine derartige Regelung vor. Schon jetzt seien Bestimmungen vorhanden, die dem Bundesrat das Recht geben, Ursprungszeugnisse in gewissen Fällen zu fordern. Auch den Antrag Gothein lehne er als überflüssig ab.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, der Antrag Gothein-Fischbeck sei nicht überflüssig. Ursprungszeugnisse fordere er nur für zweifelhafte Fälle, nicht in jedem Fall. Die Regierung habe jedoch die schweren Bedenken gegen die allgemeine Forderung der Ursprungszeugnisse, und bittet dringend, die Anträge bis auf den Antrag Gothein-Fischbeck abzulehnen.

Abg. Stadthagen (Soc.): Der Antrag Gothein-Fischbeck sei geradezu gefährlich, weil er dem Bundesrat eine Vollmacht erteilt, deren Tragweite sich nicht übersehen lassen und die zur allgemeinen Forderung von Ursprungszeugnissen führen. Was könne man nicht alles zum Beispiel aus dem Worte „herausfinden“ herausdeuten; daher muß auch dieser Antrag abgelehnt werden. Auch der Begriff „Herstellungslaub“ im Antrag Gamp sei ganz verschieden bestimmbar. Zweifel seien nicht

ausgeschlossen und die Unklarheit der Bezeichnung erweise auch die Unklarheit der Gedanken der Antragsteller. Diese wollten dem Handel den Hals umdrehen, ihn erdroffeln, nur schützte sie allerdings mühsige Gelüste für ihr Vorgehen vor, um damit die wahren Gründe zu verdecken. Die Socialdemokratie sei hier wahrhaft konservativ, nicht revolutionär, wie die Väter des Antrages Gamp.

Hamburgischer Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Klugmann findet auch den Antrag Gothein eigentlich noch zu weitgehend. Selbst bei Annahme dieses Antrags müsse dem Bundesrat vollste Freiheit für die Ausführung eingeräumt werden. Man überlege nur, was hier beschlossen werde, bedeute für den Handel internationales Recht; das habe bereits Bismarck hervorgehoben. Die äußerste Vorsicht sei also geboten. Sollen z. B. alle Länder bezüglich der Ursprungszeugnisse wie die westindischen Republiken behandelt werden. Der Antrag Gothein-Fischbeck bedeute das äußerste, worauf man noch eingehen könne.

Nachdem Abg. Brömel (fr. Vg.) noch einmal gegen den Antrag Gamp gesprochen hat, verlangt Abg. Singer bei der eventuellen Annahme des Antrags Gothein-Fischbeck in diesem die Mitwirkung des Reichstags auszusprechen. Die Möglichkeit politischer Veränderungen sei bei Zollkriegen durchaus nicht ausgeschlossen. Singer überreicht einen dahingehenden Antrag. Dem Antrag Gothein-Fischbeck soll hinzugefügt werden:

„Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nach der Vorlage haben wir schon die Möglichkeit, Ursprungszeugnisse zu fordern, nur als Regel dürfen wir dies nicht aufstellen. Die verbündeten Regierungen können eine Bestimmung nicht annehmen, welche Ursprungszeugnisse zur Regel macht.

Abg. Graf Schwerin-Löwig (Soc.) hat gegen den von Singer beantragten Zusatz nichts einzuwenden.

Abg. Fischbeck (fr. Vg.): Die Angelegenheit sei eine Sache der Verwaltung, und der Bundesrat habe etwaige Zolldifferenzierungen zu bestimmen. Nachdem Singer den Zusatz gemacht haben wolle und er sich überzeugt habe, daß sein Antrag überflüssig sei, ziehe er den Antrag Fischbeck-Gothein zurück.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Gamp mit dem Zusatzantrag Singer mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der angenommene Antrag lautet also wie folgt:

„Bei der Einfuhr von Waren, welche je nach dem Herkunftsland verschiedenen Zollsätzen unterliegen, ist ein Nachweis darüber, in welchem Staate die Herstellung der Ware erfolgte, zu erbringen, widrigenfalls die Abfertigung zu dem höchsten Zollsatz erfolgt. Ueber die Art und Weise, in welcher dieser Nachweis zu führen ist, trifft der Bundesrat die erforderlichen Bestimmungen.“

Wenn über die Herstellung in einem Lande, welches Anspruch auf die Abfertigung zu dem niedrigeren Zollsatz hat, Zweifel nicht bestehen, so kann von der Vorbringung eines besonderen Nachweises über den Ursprung Abstand genommen werden.

Die vorgesehene Anordnungen werden nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats durch kaiserliche Verordnung verfügt.

Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Die Beratung wendet sich nun dem ersten Absatz des § 8 in der Fassung der Regierungsvorlage zu:

„Zollpflichtige Waren, die aus Staaten herkommen, welche deutsche Schiffe oder deutsche Waren angünstiger behandeln als diejenigen anderer Staaten, können neben dem tarifmäßigen Zollsatz einen Zollzuschlag bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden. Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll in der Höhe bis zur Hälfte des Wertes belegt werden.“

Nach längerer Debatte wird dieser Absatz in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Ein Zusatzantrag Brömel (fr. Vg.):

„Die hiernach im Verhältnis zum Wert der Waren zu berechnenden Zuschläge der Zölle können in der Form spezifischer Zölle erhoben werden.“

wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Hierauf wendet sich die Beratung dem Antrag Graf Schwerin-Löwig — Dr. Deumer u. Gen. zu, der von Retorsionszöllen spricht, indem er folgende Bestimmung in den § 8 aufgenommen haben will:

„Auch können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, für eingehende ausländische Waren dieselben Zölle angesetzt und dieselben Maßregeln verfügt werden, die in ihrem Ursprungslande für eingehende deutsche Waren derselben oder entsprechender Art bestehen.“

Abg. Dr. Deumer (nat.) bittet um Annahme des Antrages. Der Bundesrat müsse das Recht zu Retorsionsmaßnahmen haben. Die Sätze des Zolltarifs seien vielfach zu niedrig, namentlich Amerika gegenüber.

Senator Dr. Klugmann: Hamburg spricht gegen den Antrag. Der Begriff „Ursprungsland“ sei schwer bestimmbar, und der Bundesrat werde vorküffeln, da er nur „dieselben Maßregeln“ anwenden solle.

Abg. Singer (Soc.): Der Antrag wolle nur dem Amerika-Berger Ausdruck geben. Das Vorgehen Amerikas sei ja nicht zu billigen, es schade sich aber selbst damit, und wir haben keinen Anlaß, es Amerika nachzumachen. Die Maßregel richtet sich gegen alle Waren, auch gegen die Zollfreien; es wird wieder der Begriff „Ursprungsland“ eingeschmuggelt und doch will man dieses Land gar nicht treffen. Es müßte mindestens „Herstellungslaub“ heißen. Es ist eine eigentümliche

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechszeilige Kolonette oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungen: Anzeigen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetans für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Ercheinung, daß wir die Regierungskommissare vorstellen der Regierung gegenüber, die alles thut, um den Appetit der Schöpfer immer noch mehr zu steigern. Mit den vorgelegenen Maßregeln werde man Amerika nicht bekommen.

Geb. Legationsrat Johannes meint, die Folge des Vertrags Schiller und Gen. werde eine völlige Unsicherheit des Verkehrs sein.

Hgb. Speck (C.) hält die Fassung des Vertrags nicht für sehr glücklich; das von den Antragstellern erstrebte Ziel werde durch ihn nicht erreicht. Er hält es aber für richtig, dem Auslande mit den gleichen Mitteln zu dienen, und werde in der zweiten Lesung entsprechende Änderungsanträge stellen.

Hgb. Fischbeck (fr. Sp.) weist darauf hin, daß Deutschland gar keine Einrichtungen habe, um das Faktorensystem anderer Länder nachzuahmen. Wenn man durch solche Maßregeln Getreide und Rohstoffe bestimmter Länder ausschliesse, so würden diese Waren andre Absatzgebiete auffuchen und dafür würden nach Deutschland die Artikel aus begünstigten Ländern kommen. Das habe Freiherr v. Stumm beim russischen Handelsvertrag ganz richtig nachgewiesen. Wenn man alle Befestigungen seitens anderer Länder diesen gegenüber in Deutschland nachahme, müsse man konsequenterweise auch England gegenüber den Freihandel nachahmen.

Nachdem noch der Abg. Febr. v. Seyl zu Herrnsheim (nall.) gegen den Vordränger polemisiert und der Abg. Gofheim (fr. Sp.) den Antrag als Zollkriegs Antrag und das Inland mehr wie das Ausland schädigend hingestellt hat, wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr vormittags verlegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Der Reichstag

hatte am Donnerstag zunächst jene Mai-Sitzung des vorigen Jahres fortzusetzen, in der die Branntweinsteuer-Novelle durch Beschlußfähigkeit bekräftigt wurde. Seitdem haben die Liebesgaben-Verbraucher der Spiritusindustrie nicht geruht und auf ihre Vertreiben ist ein Kompromißantrag zwischen dem Centrum, der Rechten und einigen Vertretern der Nationalliberalen zu stande gekommen, der die Liebesgaben-Politik für die Schnapsbrenner in anderer Weise fortführen soll.

Es machte geschäftsordnungsmäßig einige Schwierigkeiten, sich mit der Thatsache abzufinden, daß die Branntweinsteuer-Novelle schon in der dritten Lesung steht und nun doch jenes Kompromißantrages wegen in die Kommission wieder zurück muß. Aber der Seniorenkongress hatte vor der Sitzung diese Schwierigkeiten beseitigt und so konnte die Sache im Plenum in zehn Minuten nach den Wünschen der Kompromißler erledigt werden. Vor allem kam ihnen zu statten, daß Herr Richter Herrn Fischbeck veranlaßte, seinen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Artikel 1 ad 2 zurückzuziehen. Es wäre lothaler gewesen, wenn Herr Richter sich vor der Zurückziehung dieses Antrages erst mit derjenigen Partei ins Einvernehmen gesetzt hätte, deren Unterschriften im Mai vorigen Jahres erst von 50 Mitgliedern zu stehenden Antrag auf namentliche Abstimmung ermöglicht hatten.

Von freisinniger Seite war der Vorschlag gemacht worden, die Branntweinsteuer-Novelle der Zolltarif-Kommission zu überweisen, und Singer hatte diesen Gedanken lebhaft unterstützt. Auf den andern Seiten des Hauses scheint aber wenig Vertrauen zu der Arbeitsfähigkeit und dem Arbeitseifer der Tarifkommission zu herrschen, denn der Antrag wurde lachend abgelehnt.

Die sozialpolitische Debatte, die dann wieder beim Etat des Reichsamts des Innern anhub, wurde mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt. Noch ein Duzend Redner sind vorgekommen, und der Sonnabend dürfte herankommen, bis dem Grafen Posadowsky sein Gehalt bewilligt wird.

Die Debatte brachte zunächst eine Rede unfres Genossen P. End, der gegen die Herren Dr. Dertel und v. Massow glänzend polemisierte und die Lächer auf seiner Seite hatte, als er Herrn Massow daran erinnerte, daß die größten Judenhasser oft die Töchter der Juden lieben. Der eigentliche Gegenstand der P. End'schen Rede war die Kinderarbeit auf dem Lande, deren gefälligen Schatz er mit Sachkenntnis verlangte. Für die Landarbeiter forderte er das Koalitionsrecht und wies auf das Bestreben der einzelnen Landtage hin, durch Kontraktbruch-Gesetze die Zuchtansvorlage zu erflehen.

Hieran schlossen sich drei sehr unbedeutende Reden der Herren Jacobsdötter, Hoffmann-Holl und Schlumberger. Herr Jacobsdötter hatte den Schmerz, gegen seinen Fraktionskollegen Pauli und dessen Klagen über das Zwangs-Zumungs-Gesetz zu polemisieren, der süddeutsche Volksparteiler Professor Hoffmann schwäbelte gegen die Kurpfuscherei und die weiblichen Ärzte, denen er nicht sehr freundlich gesonnen ist, und Herr Schlumberger schließlich brachte seine Abneigung gegen das internationale Arbeitsamt in Basel in merkwürdigen Zusammenhang mit seiner Begeisterung für Kampfschiffe gegen Amerika.

In vorgeklärter Stunde kam Debel zu Wort, um ichlagende Abrechnung mit den Herren v. Seyl und v. Massow zu halten. Dabei fielen Schlaglichter auf die jüngste Entscheidung des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts, das den Frauen die Teilnahme an Festlichkeiten politischer Vereine untersagt, und auf den Rektor der Berliner Universität wegen der Auflösung des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins. Die treffende Charakterisierung des Herrn v. Massow wachte häufig die Heiterkeit des Hauses.

Der jüngst in Wiesbaden gewählte freisinnige Abg. Dr. Cräger forderte vom Staatssekretär Erhebungen über das Zunimngswesen, die Graf Posadowsky auch zusagte. Gleichzeitig teilte der Minister mit, daß er bereits eine Unterstüzung des internationalen Arbeitsamts in Basel aus den Mitteln des Reichsamts des Innern angeordnet habe. Freitag geht die Debatte weiter.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Donnerstag den Antrag v. Arnim (L.) und Genossen betr. die Aenderung der Organisation und des Verfahrens der General-Kommissionen an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Der Antrag bezweckt die Unterstellung der General-Kommissionen unter die Oberpräsidenten und die Vernehrung der Techniker sowie des Valenclements in den Kommissionen.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die Agzarien der verschiedenen Parteien suchten wieder Stimmung zu machen für höhere Getreidezölle und für einen Zoll auf Quebrachholz. Daneben klagten sie über die Arbeiternot, die immer noch nicht abgenommen habe, und über die angebliche Vergnügungsjucht der Landarbeiter. Einen langen Wunschzettel verlas der Oberagrarier v. Wendel-Stiefels (L.), der u. a. für die Beibehaltung der Zuckerprämien und für strenge Grenzperren eintrat und neben dem Fleischschau-Gesetz ein Viehverversicherungs-Gesetz forderte. Der Minister griff nicht mehr in die Debatte ein. Nach Bewilligung seines Gehalts vertagte das Haus die weitere Etatsberatung auf Sonnabend. Am Freitag fällt die Sitzung aus.

Marinistische Wassertrübungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist infolge ihrer Veröffentlichung des Marine-Erlasses ganz ungewöhnlich redselig geworden. Sie hat die Aufgabe übernommen, die durch unsere Veröffentlichung geschaffene klare Situation wieder zu verdunkeln, das Wasser zu trüben, damit Herr v. Tirpitz in ihm ertrinken könne.

Die breite Geschwätzigkeit des Regierungsblasses wird noch überboten durch seine Inhaltlosigkeit, Unehrlichkeit und Plumpheit. Herr v. Tirpitz hatte in seinem Erlaß seine verschwiegenen Gedanken unvorsichtig ausgeplaudert. Jetzt muß die „Nordd. Allg. Ztg.“ versuchen, jene Offenherzigkeit wieder zu verwischen und die Tirpitzereien, mit denen die Flottenvorlagen von 1898 und 1900 durchgeschmuggelt wurden, zu wiederholen und zu steigern.

So lang auch das offiziöse Gewäsch ist, die präzise Beantwortung unserer beiden Fragen sucht man vergeblich. Weder wird verraten, wie hoch die Indienststellungen, noch wie groß die Zahl der geforderten Auslandsschiffe sein wird. Die Lücke in dem Erlaß wird trotz unser Aufforderung nicht ausgefüllt.

Dagegen wird von dem offiziellen Blatt der klare und ehrliche Wortlaut des Tirpitz'schen Geständnisses in der unberschämtesten Weise gefälscht. Was soll es z. B. heißen, wenn das Blatt die kompromittirteste Stelle des Erlasses wie folgt erläutert: „Es werde

in dem Erlaß zunächst in Erinnerung zurückgerufen, daß man sich bei Aufstellung des Flottengesetzes durchaus darüber klar war, daß man die Indiensthaltung mit Rücksicht auf personelle und finanzielle Gründe nur allmählich entwickeln könnte, daß man mithin eine Vernehrung der Indienststellungen für das Ausland zurückziehen und auch mit dem organisatorischen Aufbau der Seeschiffe nur langsam vorgehen könnte. Dementsprechend sind die Dispositionen im Reichs-Marine-Amt bis 1905 derart festgelegt, daß sich die insgesamt erforderlichen Geldmittel durchaus im Rahmen der in der Budgetkommission aufgestellten Geldbedarfs-Nachweisungen halten. Für die Periode von 1905-1910 konnten derartige detaillierte Dispositionen noch nicht getroffen werden, weil dazwischen noch mit einer Nachforderung für die Auslandsschiffe zu rechnen war und auch im übrigen die einschlägigen Verhältnisse im einzelnen noch nicht zu übersehen sind.“

Jedes Wort der „N. A. Z.“ eine bewußte Verdrehung! Der Erlaß rief thatsächlich in die Erinnerung zurück, daß man dem Reichstag die Indienststellungskosten falsch angegeben habe, weil bei der Kenntnis der wirklichen Kosten die Vorlage nicht durchzubringen gewesen wäre. Ein Schwindel ist es auch, daß man in jener Berechnung, die die jährliche Steigerung der Unterhaltungskosten auf 6 Millionen schätzte, nicht die Nachforderung für die Auslandsschiffe einbegriffen hätte. Das Gegenteil ist wahr.

Des weiteren wird aber das Handwerk von 1899/1900 fortgesetzt und abermals geistlich die Kosten zu niedrig angesetzt. Nur die Banknoten der neuen Vorlage werden auf 150 Millionen Mark angesetzt — was beweist, daß mehr Auslandsschiffe gefordert werden als 1899 — dagegen wird hinsichtlich der Indienststellungskosten die alte Irreführung fortgesetzt. Es heißt nämlich:

„Selbst wenn die Steigerung vorübergehend bis zu 9 Millionen Mark betragen würde, etwa 7-7-8-8-9 Millionen Mark, würden die fortdauernden Ausgaben im Jahre 1910 nur um 10 Millionen Mark höher sein, als bei 6 Millionen Mark Steigerung.“

Ja, meint denn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ daß irgend ein urteilsfähiger Mensch so dumm ist, das zu glauben? In seinem Erlaß vom 6. Januar 1902 besenmt Herr v. Tirpitz, er habe sich nicht getraut, dem Reichstag 1899 die wirklichen Kosten für die Indienststellungen anzugeben, weil sie 1903-10 „so hohe Bedarfszahlen“ ergeben hätten, daß neue Steuern erforderlich gewesen wären. Und jetzt behauptet die „N. A. Z.“, daß es sich um einzelne lumpige Millionen mehr handelte, die „vorübergehend“ gefordert werden könnten. Unglaublich!

Eine runde Milliarde forderte Herr v. Tirpitz kaltblütig, aber zwei, drei Millionen mehr zu begehren — davon bedie er zurück, da täuschte er Heber den Reichstag! Es scheint in der That eine ungeheure Verwirrung in den Kreisen der Marine-Offiziere hervorgerufen zu sein, daß man mit derlei Fogen die öffentliche Meinung verwirren zu können glaubt.

Aber diese Behauptungen über die Indienststellungskosten sind nicht nur unvereinbar mit dem Bekenntnis des Erlasses, sondern ihr widersprechen auch die Thatsachen. Herr v. Tirpitz sollte doch wirklich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über seine thatsächlichen Absichten aufklären, damit sie nicht so lächerliches Zeug schreibt.

In der Marinepresse herrscht über Herrn v. Tirpitz allzu große Erlaß-Offenherzigkeit großer Luft. Man deutet ihm an, daß er stiller daran thäte, weniger zu schreiben. Sehr scharf schreibt die konservative „Schlesische Zeitung“:

„Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts hat weder der Sache, die er vertreten will, noch dem Vaterlande einen Dienst erwiesen, indem er gerade im jetzigen Augenblick einen solchen Plan in Angriff nimmt, der nach der Behauptung des Centrums-Abgeordneten Müller-Fulda den Erklärungen des Staatssekretärs bei der Beratung der letzten Marinevorlage direkt widerspricht. Sollten sich aus der Veröffentlichung dieses Erlasses ernsthafte Verwicklungen auf innerpolitischem Gebiete ergeben, so muß der Staatssekretär v. Tirpitz für die bösen Folgen seiner Ungechlichkeitlichkeit verantwortlich gemacht werden. An diesem Urteil können auch die Anklagen der „Nordd. Allg. Ztg.“ nichts ändern, daß der jetzige Plan nur den früheren Erklärungen der Regierungsvorteiler entspricht.“

Der Marine-Erlaß hat in jeder Hinsicht Aufklärung geschaffen. Es kann jetzt nicht mehr bestritten werden, daß der Zolltarif für die Regierung den Zweck verfehlt, neue Mittel auf Kosten des arbeitenden Volkes für die auschwitzendsten Gelüste der Seeromantik zu beschaffen.

Deutsches Reich.

Nationalliberale Zollkewürnis. Wir teilten kürzlich mit, daß Herr v. Seyl demnachst aus der Zolltarif-Kommission austreten werde, weil zahlreiche seiner nationalliberalen Parteigenossen seinen hochagrarischen und hochzollnennetischen Neigungen nicht folgen wollten. Zwar ist der angekündigte Austritt bisher nicht verwirklicht, aber er solle dennoch in nächster Zeit zu erwarten sein. Ueber die Vorgänge in der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird jetzt von dem Korrespondenten des „Wälz. Courier“, der von Herrn v. Seyl selbst unterrichtet zu sein scheint, einiges näheres berichtet. Danach that Herr v. Seyl Schritte, um sich in der Zolltarif-Kommission mit den Vertretern der Reichheitsparteien zusammenzufinden behufs Schaffung einer selten, zahlenmäßigen Basis, von der aus man mit der Regierung unterhandeln könne. Es gelang ihm auch, die Vertreter der Reichheitsparteien in der Kommission auf einen Mindestzoll von sechs Mark für alle vier Getreide-Arten zu einigen. Herr v. Seyl, der Arrangeur des Ganzen, wurde aber von seiner eigenen Fraktion desavouiert. In einer Sitzung derselben erklärten etliche zwanzig Mitglieder, daß sie mit den von der Regierung zum

Schutz der Landwirtschaft vorgeflagelten Zolljagen vollständig einverstanden und für einen höheren Zoll nicht zu haben seien.“ Der Korrespondent schreibt dann weiter, daß der Abg. Hilb diese Erklärung im Namen der Fraktion als den Mehrheitsbeschuß verstanden habe. Hilb habe aber nicht mitgeteilt, daß dem Wunsche des Freiherrn v. Seyl, der offizielle Führer der Fraktion, Abg. Baffermann, solle eine Einladung an alle Mitglieder der Fraktion zu der betreffenden Sitzung ergehen lassen, nicht ausgesprochen worden sei. Hilb habe weiter auch nicht erklärt, daß man die Sitzung so rasch anberaumt hätte, um es den abwesenden Mitgliedern unmöglich zu machen, noch rechtzeitig zu erscheinen.

Die „Post“ bestigt die Redheit, in Hinsicht auf unsere Veröffentlichung des Marine-Erlasses von Socialdemokratischem Schwindel“ zu sprechen. Es ist nett, wenn ein Blatt, dessen geselliger Leiter wegen des von ihm angefügten unheimlichen Kanalichwindels mit Schimpf und Schande aus dem Amte gejagt wurde, andre Leute der Unehrlichkeit zu bezichtigen.

Uebrigens hätte aber die „Post“ gut daran, nicht von Schwindel zu sprechen. Wenigstens müßte sie zuvor Sorge tragen, daß sie nicht selbst Handlungen begeht, die im Sinne der Gesetze außerordentlich bedenklich sind.

Die „Post“ versendete kürzlich Reklame-Prospette, in denen sie sich erbot, das Blatt gratis zu liefern, sofern ihr die Post-Abbestellungsgelder und die Selbstkosten für das Papier (zusammen 0,70 M. für den Monat) vergütet würden. In dieser Offerte behauptet die „Post“, daß sie „sich infolge ihres reichhaltigen und interessanten Inhalts einer steigenden Beliebtheit“ erfreue.

Die steigende Beliebtheit des Blattes besteht nun darin, daß seine Auflage von Quartal zu Quartal gefallen ist. Vermuthlich wird die „Post“ den Höchstgrad der Beliebtheit in dem Augenblick erreicht haben, wenn sie ihr Erscheinen einstellt. Wie wir zuverläßig erfahren, wird die „Post“ jetzt überhaupt nur noch in 5570 Exemplaren gedruckt (was nicht gleichbedeutend mit: abonniert ist), während sie in früheren Zeiten es auf 16000 Exemplare gebracht hatte. In Berlin hat das Blatt gar nur 1100 Abonenten, was es vermuthlich seinen Insurgenten nicht auf die Nase binden wird, wenn es gern von seiner „steigenden Beliebtheit“ erzählt.

Man sieht, daß das grobunwürdige und im Kampf gegen den Gegner unfauberste Blatt eigentlich so gut wie gar nicht existiert. Es kommt nicht viel über den Kreis seiner Besitzer hinaus, die allerdings erlauchteste Namen tragen. Die „Post“-Gesellschaft besteht nämlich aus folgenden Mitgliedern: Seine Durchlaucht Herzog von Ratibor, Seine Durchlaucht Herzog zu Trautenberg, Oberpräsident der Provinz Schlesien, Seine Durchlaucht Fürst von Pleß, Seine Durchlaucht Fürst zu Stolberg-Bernigerode, Freiherr von Eckard-Reinische Erben, Freiherr von Fallenhäusensche Erben, Seine Excellenz Freiherr Lucius von Ballhausen, Königl. Staatsminister, Seine Excellenz Graf von Maltzan-Miltitz, Legationsrat von Renmannsche Erben, Konrad Stiegel, Freiherr von Stumm-Galbergische Erben, Präsident a. D. Freiherr von Zedlig-Neutrich.

Da sich die behauptete Steigerung der Beliebtheit nicht nach der Höhe der Abonentenzahl bemessen kann, so bezieht sich die „ehrliche“ Versicherung offenbar auf die Vermutung, daß das Blatt bei jenen durchlauchtigen Herren immer beliebter wird, je mehr es sie — kostet.

Ebenso wie die Beliebtheit steigt zweifellos die Wahrschäftigkeit und Moralität des Blattes rapid. Kein Wunder, daß sie die inantastbarsten Thatsachen, die der „Vorwärts“ veröffentlicht, als „socialdemokratischen Schwindel“ empfindet. Lange Gewöhnung hat eben die „Post“ unfähig gemacht, die Begriffe Wahrheit und Ungrüchtigkeit anzunehmen.

Eine Warnung!

Nach der vor einigen Tagen im „Vorwärts“ mitgetheilten Tzingtoner Zuschrift der „Königlichen Volksg.“ scheint man in Kuumi, wo bisher nur ein ganz kleines Detachement deutscher Seesoldaten zum Schutze der deutschen Bahnbauten stationiert war, eine ständige und vergrößerte Besatzung deutscher Truppen etablieren zu wollen. Angesichts dessen dürfte es interessant sein, etwas über die sanitären Verhältnisse von Kuumi zu erfahren. Einem kürzlich hier angelommenen, durchaus zuverlässigen Privatbrief, dessen Verfasser die chinesischen Verhältnisse sehr genau kennt, entnehmen wir, daß gerade in Kuumi eine wahrhaft grauenvolle Sterblichkeit für Europäer herrscht. So ruhen auf dem Friedhofe von Kuumi schon 140 deutsche Soldaten und das bei der bisherigen geringen Garnison und innerhalb nur dreier Jahre. Malaria und Typhus wüthen fürchterlich, und wie in Tzington diese Krankheiten immer schrecklicher wütheten, je mehr gebaut und zu diesem Zweck die zahllosen chinesischen Gräberfelder ungewühlt wurden, so auch in Kuumi, so daß der deutschen Besatzung und den deutschen Ingenieuren daselbst noch schlimmeres bevorsteht, als es in der oben genannten Totenzahl nur zu deutlich zum Ausdruck kommt.

Drei neue Schiffstaseln hat der Kaiser gezeichnet und wie früher im Appellvorraum der Wandelhalle des Reichstags aufstellen lassen. Die Taseln stellen die Schiffstärken Rußlands, Japans und der Vereinigten Staaten von Nordamerika vor. Der Zweck der Veranschaulichung ist nicht mitgeteilt. Vielleicht soll diese Marinemalerei die Flottenvergrößerungspläne des Herrn v. Tirpitz unterstützen, deren diese allerdings einigermaßen bedürfen.

Der Gerichtsherr von Gumbinnen, Generalleutnant von Allen, soll vom Sultan als Instruenteur der türkischen Armee berufen worden sein und den Auf angekommen haben.

Herr von Alten, der sich im Dezember vorigen Jahres seinen Abschied zu nehmen veranlaßt sah, fñht sich also noch zu frisch, um in Ruhe seine Pension zu verzehren. Er schließt den Staub des undankbaren Vaterlandes von den Pantoffeln, um der Türkei seine Dienste zu widmen. Ob er auch mit der Reorganisation der türkischen Militärjustiz betraut werden wird?

Als Gegner der Friedensbestrebungen bekennt sich im Februarheft der „Deutschen Revue“ der General Vogel von Falkenstein. Er teilt völlig die Anschauungen jenes anonymen Militärs, der mlangt in den Spalten eines Blattes über die dreißigjährige Friedensära gemurmelt hatte. Vogel von Falkenstein bedauert lebhaft die Friedensbestrebungen.

Es ist meines Erachtens bestimmt zu bezweifeln, daß dieses ständige Friedensblasen allmählich unfres Nation den kriegerischen Geist ausbläst.

Auch in den Thronreden pflegt übrigens ständig Frieden geblasen zu werden!

Aber auch die Schiedsgerichtsidee findet keine Gnade vor den Augen des Generals. Ihren „Widerstimm“ demonstriert er folgendermaßen: „Wie denken sich . . . solche Theoretiker den Verlauf im Jahre 1870, wenn beide Parteien zunächst ein Schiedsgericht angerufen und bis auf dessen Entscheidung naturgemäß mit dem Koshlagen gewartet hätten? Die in enstlicher Arbeit und mit schweren Opfern gewonnene frühere Salaffertigkeit der deutschen Heere, welche doch thatsächlich den Ausgangspunkt ihrer Erfolge bildeten, wäre einfach wertlos geworden, aber der Krieg wäre dennoch entbrannt

unter gänzlich zu neuen Umständen veränderten Verhältnissen. Dies eine Beispiel allein ist meines Erachtens so schlagend, daß damit die Frage internationaler Schiedsgerichte im großen Maße bei allem ernsthaften Vorgehen von vornherein auszuschalten ist."

Vogel von Hellenstein beweist mit diesem Beispiel nur das eine schlagend, daß im deutsch-französischen Kriege Frankreich der über-rumpelte, unvorbereitete Teil war; nichts weiter. Denn seine Wissenschaft, daß der Krieg demnach unter allen Umständen ent-brannt wäre, scheint uns nur aus einer ganz vagen Hypothese zu bestehen. Viel einleuchtender erscheint uns die Annahme, daß man vor der Angliederung eines Krieges zurückschreckt, wenn man den Gegner wohl gerüstet und vorbereitet weiß, und das Schiedsgerichts-verfahren würde ja der bedrohten Macht die Möglichkeit der genügenden Vorbereitung geben.

Zu übrigen sind Offenherzigkeiten, wie die des Anonymus und des preussischen Generals sehr dankenswert: sie beweisen selbst dem Vertrauensseligsten, wie wenig der Militarismus als Hort des Friedens betrachtet werden darf.

Die Protestversammlung gegen die Auflösung des Social-wissenschaftlichen Studentenvereins, welche die „alten Herren“ des Vereins einberufen hatten, fand am Mittwoch bei sehr zahlreicher Beteiligung im Saale des Handwerkervereins in der Sophien-strasse statt. Rechtsanwält Dr. Gaer betonte als Referent, nach eingehender Schilderung des Sachverhalts, daß kein Grund für die Auflösung des Vereins vorhanden gewesen sei und es den Anschein erwecke, als hätte man bloß nach einem Vorwande gesucht, um den Verein zu maßregeln und den socialpolitischen Ver-treter zu der Studentenenschaft den Garau zu machen. Der Socialwissenschaftliche Studentenverein habe keine Parteipolitik ge-trieben, Gelehrte der verschiedensten Richtungen seien in seinen Ver-sammlungen als Redner aufgetreten. Im Namen der akademischen Freiheit müßte gegen die Auflösung des Vereins Protest erhoben werden. Die Diskussion gestaltete sich sehr erregt, der Rektor wie der Universitätsrichter Gehemrat Dr. Daube, auf dessen Einfluß man die Maßregelung zurückführt, mißtrauten sich manchen festigen Angriff gelassen. Auch zwischen den Vertretern des Vereins deutscher Studenten und denen des aufgelösten Vereins kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Endlich wurde eine Petition an den Rektor beschlossen, die in dem Ersuchen gipfelt, die verurteilte Auflösung rückgängig zu machen und dem Social-wissenschaftlichen Studentenvereine zu gestatten, seine Thätig-keit zur Pflege der Socialwissenschaft an der Universität wieder aufzunehmen. Außerdem wurde die Absendung eines Danktelegramms an Prof. Dr. Adolf Wagner beschlossen, der sich entschieden zu Gunsten des Vereins ausgesprochen und dessen Auflösung mißbilligt hat. Verschiedene akademische Vereine an an-dwärtigen Universitäten, die ähnlichen Bestrebungen huldigen, hatten der Versammlung Sympathie-Kundgebungen zugehen lassen.

Eine Steuerentlastung der Grundbesitzer hat, wie uns aus Dresden telegraphisch wird, der sächsische Landtag am Donnerstag beschlossen.

Der Landtag nahm nach einer sechsstündigen Sitzung die Ver-mögenssteuer-Notelle an, und zwar mit den Änderungen der Steuerdeputation. Der voranschlägliche Ertrag der Steuer beträgt nur 6 Millionen. Die Steuer belastet ein Vermögen von 100 000 M. mit 50, ein Vermögen von einer Million mit 500 M.

Angleich hob der Landtag die Grundsteuer auf. Dagegen bleiben die mit der Grundsteuer verbundenen rechtlichen Wirkungen, z. B. bei der Landtagswahl, unberührt. In diesem Zweck wird eine fingierte Steuerleistung in Anspruch gebracht. Die fingierte Steuerleistung bedeutet eine wirtschaftliche Entlastung und politische Privile-gierung des Grundbesitzes.

Agarische Lohnrückstände. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg macht folgendes bekannt: Infolge günstiger Abmachungen kam unser Arbeiteramt Berlin, Madairstr. 1, im Jahre 1902 ausländische Wanderarbeiter zu erheblichen günstigeren Bedingungen als bisher vermitteln, namentlich sind die Beschaffungskosten für Galizier und Süd-Rugaren bedeutend herabgesetzt. Und diese Leute, die ihre ausländischen Aulis derart behandeln, daß die italienische Regierung eine Warnung vor den deutschen An-werbungen erlassen mußte, wollen das Volk glauben machen, daß es ihnen hauptsächlich deshalb um die Lebensmittel-Vertenerung durch den Zolltarif zu thun sei, um ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen zu können!

Abgewinkt. Der „Soff. Jtg.“ wird aus London gemeldet: Der in England naturalisierte Deutsche, der eine Protestversammlung der Deutschen Londons angeregt hatte, richtet an die „Times“ eine Zuschrift, worin er sagt, daß er die Idee einer solchen Protest-ver-sammlung aufgegeben habe, weil ihm von einfluß-reicher Seite zu verstehen gegeben worden sei, daß sein Aufruf zwar viel Gutes gestiftet und sehr gewirkt worden sei, eine solche Kundgebung aber im gegenwärtigen Augen-blick aus politischen Gründen sehr unbequem werden könnte, und daß es deshalb besser sein würde, das Meeting vorläufig zu verschieben.

Auf englischer Seite dürfte man die Kundgebung schwerlich als unbequem empfunden haben!

Ein kriegsgerichtliches Todesurteil ist in China gefällt worden. Zum Tode verurteilt wurde der Chinafreiwillige Johann Freihof, der sich in China des Verbrechens des militärischen Auftruchs schuldig gemacht hat. Der junge Mann, ein Sohn des zu Würzburg in der Pfalz wohnenden Leutnants Freihof, hat seiner Militärpflicht bei der Artillerie in Würzburg genügt und meldete sich im Sommer 1900 freiwillig zur China-Kreuzfahrt, trotzdem er bereits dem Verlaubtenlande angehört. Zugleich mit dem Frei-willigen des 5. Feldartillerie-Regiments trat er dann seiner Zeit die Ausreise nach Ostasien an. Nach in der Heimat eingetroffenen Nach-richten ist das Urteil noch nicht vollstreckt. Freihof wird vielmehr nach Deutschland gebracht werden. Man glaubt, daß die Todes-strafe im Gnadenwege in eine entsprechende Freiheitsstrafe um-gewandelt werden wird.

„Ihr Lehrer seid dreißig Schweine!“ Der Unteroffizier Meisterel vom Infanterie-Regiment Nr. 63 zu Oepfel, der gegen den zur Zeit inhaftigen dienenden Lehrer Reinhold Fuchs die Ausrufung: „Ihr Lehrer seid dreißig Schweine!“ gethan hatte, war bekanntlich hierfür zur Meuchelschaft gezogen, aber vom Kriegsgericht der 12. Division in Reife in erster Instanz freigesprochen worden. Auf die von dem Gerichtsherrn gegen dieses Urteil ein-gelegte Berufung hatte sich Meisterel wegen seiner Ausrufung vor dem Ober-Kriegsgericht in Reife zu verantworten und wurde wegen Bekleidigung zu — zwei Tagen Mittelarrest verurteilt.

Fahrpreisermäßigung für Arbeitslose. Auf den Reichs-Eisenbahnen in Elb-Lothringen und der Wilhelms-bahn werden vom 1. Februar d. Js. ab an Personen, denen durch Vermittelung der in Elb-Lothringen bestehenden und von der Generaldirektion der Eisenbahn anerkannten Arbeitsnachweis-stellen Gelegenheit zur Erlangung einer Arbeitsstelle verschafft werden soll, zur einmaligen Fahrt nach dem Arbeitsort in der dritten Wagen-Klasse der Personenzüge Fahrkarten zum halben Preise mit Anrechnung von fünf Pfennig auszugeben. Diese Fahrkarten werden nur gegen Vorlage eines von der Arbeitsnachweis-stelle ausgefertigten Ausweises verabfolgt, in dem die Person des Arbeitsuchenden, der Meisttag und die zu befahrende Strecke angegeben sind. Als Berechtigte zur Ausstellung solcher Ausweise wurden hiesigen Gemeindegemeinschaften in allen Teilen des Landes sowie die Privat-Arbeitsnachweisstellen in Mülhausen anerkannt.

Notstandsarbeiten. Das Gewerkschaftsamt hat in Mey hatte sich in einer Eingabe an den Gemeinderat gewendet mit dem Antrag zur Widmung der bestehenden Arbeitslosigkeits-großere Anzahl von Beschäftigungsstellen bei den Stadterweiterungs-arbeiten unterzubringen. Der Gemeinderat hat insollgedessen den Bürgermeister beauftragt, so rasch wie möglich ein weiteres Los dieser Arbeiter zu vergebem und bei dringender Not die Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen.

Der Notstand. Aus Mülhausen i. Th. berichtet die Erfurter „Tribüne“: Die Arbeitslosen-Zählung am letzten Sonntag erzielte nicht nur ein schätzbares Material auf diesem Gebiete, sondern man hat dabei auch Einsicht bekommen in das Elend, welches auch hier in Mülhausen herrscht. Herzzerrend war es anzusehen, wenn man in die Wohnung der Armen trat und einem die blassen, abgemagerten, verhungerten Gesichter entgegen sah. Die Wohnung war meistens eher einen Stall ähnlich. Als Mittagbrot hatte der Mann Brot und Fett, die Kinder und die Mutter Kaffee und trockene Brot. An den Wochentagen nageud, so konnte man sie an-treffen, die Armen der Armen. Man braucht sich wahrlich seiner Thränen nicht zu schämen, welche man, wider Willen, beim Anblick dieses Elends vergießt. Auf der einen Seite Leute, welche im Lebenskampf schwelgen, auf der anderen Seite solche, welche noch nicht einmal das tägliche Brot in dem Maße haben, um sich satt essen zu können! Trotzdem mancher sich gescheut hat, seine Arbeitslosigkeit einzugehen, so hat doch die Zählung gezeigt, daß die wirtschaftliche Krisis auch hier sehr schwer auftritt.

Werbekend im Fichtelgebirge. Aus Bischofs-artau wird mitgeteilt: Kam da kürzlich ein Parteigenosse in die Wohnung eines armen Handwebers. Im Gespräch, was es heute zu essen gebe, sagte der Mann, bei ihm giebts Schweinebraten, die Frau, die eben überm Kochen war, lachte und erklärte, wie eigentlich ihr Schweinebraten aussieht, er besteht aus Wasser, Krumm und Zwiebeln, ohne Fleisch. Man darf aber nicht etwa annehmen, daß die Familie vielleicht aus Lederbrut aus Fleischgemisch sich eine der-artige Mahlzeit bereitet, nein, aus Not und Arbeitslosigkeit sehen sich die Leute veranlaßt, ihren Hunger mit solcher Kost zu stillen. Wir überleben nicht; es sind uns viele Familien bekannt, die drei bis vier Wochen lang keinen Bissen Fleisch auf den Tisch bringen. Auch bezweifeln wir sehr, ob unsere Aguarier, die uns Brot und Fleisch noch decken wollen, sich mit solcher Kost be-gnügen würden. — Am 13. Januar nahmen wir durch den Weber-verein eine Arbeitslosen-Zählung vor, wobei folgendes Resultat erzielt wurde: Bei 150 Webermeistern, die im Sommer 1901 300 Stühle betrieben haben, gehen jetzt noch 112; 50 Weber mit ca. 150 Kindern sind ganz arbeitslos — wohlgenutzt — eine Familie mit zwei bis drei Kindern, in der vielleicht ein Stuhl geht, ist bei den be-stehenden Lohnverhältnissen nicht im stande, sich zu ernähren. Es ist dies eine traurige Thatsache für unsere Gemeinde, in der kein anderer Erwerbszweig vorhanden ist.

Ausland.

Frankreich. Der socialistische Abgeordnete Viviani hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher strenge Strafen für Wahl-beeinflussung vorsieht. Nach dem Entwurf sollen Ab-geordnete, welche sich Wahlbeeinflussungen zu Schulden kommen lassen, für die Dauer einer ganzen Session ihres Mandats für verlustig erklärt werden.

Belgien. Die Finanzskandale bildeten den Gegenstand einer Inter-pellation des socialistischen Deputierten Verdrand in der belgischen Kammer. Louis Verdrand interpellierte den Minister, was er an-gesichts der großen, immer mehr überhand nehmenden Finanz-schwindelen zu thun gedenke. Der socialistische Redner brachte eine Menge Material bei über die schwindelhaftesten Finanzoperationen der Banquet und Sociétés anonymes. Er geisterte die Wandler, durch welche die Papiere künstlich in die Höhe getrieben werden, um namentlich die kleinen Kapitalisten zum Kauf zu veranlassen, um dann die Papiere wieder sinken zu lassen. Des weiteren wendete er sich gegen die Korruption in der bürgerlichen Presse, welche alle diese schwindelhaften Finanzoperationen unterstützt. Der Justiz-minister Van den Donvel stimmte den Ausführungen des socialistischen Redners zum Teil bei. Dessen könne hier aber nur die Anklage des Publikums, das mehr Vorsicht gebrauchen müsse; dazu könne die Presse wesentlich beitragen.

Sturm in der Kammer. Das „S. L. V.“ meldet vom 30. Januar: Während der heutigen Sitzung der Repräsentanten-kammer, in welcher über einen Antrag auf gerichtliche Verfolgung des socialistischen Abg. Macets beraten wurde, kam es zu stür-mischen Szenen. Als Boesse für den Antrag eintret, ertönten von den Tribünen Rufe: „Hoch das allgemeine Wahlrecht, nieder mit der Kante.“ Der Präsident befahl, einen der Schreier zu ver-haften. Während dessen fanden im Hause lärmende Auseinander-setzungen zwischen den socialistischen und liberalen Abgeordneten statt, wobei der liberale Verhaegen, welcher dem Präsidenten eine an den Zuschauern von der Tribüne beteiligte Person bezeichnet haben sollte, von den Socialisten als Polizeispion bezeichnet wurde. In der Folge kam es zu Prügelereien. Der Präsident ließ hierauf die Tribünen räumen, wobei 5 Personen verhaftet wurden. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, wurde die Beratung wieder auf-genommen. Da aber der socialistische Abgeordnete Leroyagne jetzt noch fortfuhr, Verhaegen anzugreifen, schloß der Präsident die Sitzung.

England. Die Wahl in Dewsbury, die am Dienstag stattfand, hat folgendes Resultat ergeben: Mancinan (liberal) 3000, Paley (cons.) 4512, Duclat (Soc.) 1597. — Der socialistische Kandidat hat damit ein äußerst günstiges Resultat erzielt, wenn man die Zwischenheiten, die wegen seiner Kandidatur zwischen den einzelnen socialistischen Organisationen entstanden waren, in Betracht zieht. Desfalls, der Arbeiterkandidat bei der Wahl von 1895, hatte nur 1080 Stimmen erhalten; die Zunahme bei der jetzigen Wahl beträgt demnach 50 Proz.

Rußland. Die Wäterchen reist. Aus Lwowitz wird berichtet, welche Schutzmaßregeln man während der letzten Anwesenheit des Zaren dort getroffen hat. Die ganze Bahnstrecke war mit Militär besetzt. Das neben der Bahn gelegene Dorf Zielowice war ganz in Kasernen umgewandelt. Die meisten Häusern waren von Soldaten und Poli-zisten besetzt. Die Amtsvorsteher zwangen die Bauern, Deputationen zum Jar zu entsenden. — Wahrscheinlich, Wäterchen“ muß in russisch Wolen das Gefühl haben, sich in der Mitte seiner „treuen Unter-thanen zu befinden! ...

China. Das „Bureau Laffan“ meldet aus Peking: Der am Dienstag stattgefunden Empfang des diplomatischen Corps durch den Kaiser und die Kaiserin-Witwe bedeutet einen vollständigen Sieg der Kaiserin-Witwe, der es mit Hilfe Junglus gelungen ist, den Kaiser völlig beiseite zu schieben. Die Mitglieder seines Gefolges an-nehmen, nehmen der Kaiser und seine Gemahlin ihre Maßregeln in in-einander Stellung zu sich; nur bei seltenen Gelegenheiten werden sie zur Tafel der Kaiserin-Witwe zugelassen, wobei sie aber nicht sprechen und sich sofort, nachdem die Kaiserin-Witwe ihren Appetit befriedigt hat, zurückziehen. — Dem „Standard“ wird aus Peking gemeldet, ein dort ver-öffentlichter kaiserlicher Erlass wolle den Admiral Dehan, in Lichin eine Marineakademie zu errichten und den Admiral Lord Charles Beresford als Instru-teur unter seiner — Ober-Leitung zu engagieren.

Der Boeren-Krieg.

Die Friedens-Intervention.

Ein der „Daily Mail“ aus dem Haag zugegangener Draht-bericht erklärt, zuverlässige Angaben über den genauen Inhalt der Mitteilung der holländischen Regierung machen zu können. Danach bringt die Mitteilung das ernste Bedauern über die Fortsetzung der Feindseligkeiten zum Ausdruck und bietet des weiteren die guten Dienste der holländischen Regierung an. An die englische Regierung wird die Anfrage gestellt, ob sie geneigt sei, einer holländischen Kommission zu gestatten, sich nach Südafrika zu begeben, um den Boerenführern und ihren Anhängern die wirkliche Lage der Dinge zu erklären, namentlich auch, daß nicht die geringste Hoffnung auf ein Eingreifen Europas besteht und die Fortsetzung des mythischen Kampfes keinen Zweck habe und völlig aussichtslos sei. Die holländische Regierung sage ausdrücklich, daß sie keine Vollmacht der Boeren-führer in Europa oder Afrika beziehe, der-artige Schritte zu ergreifen, sie werde sich vielmehr im Namen der Grundsätze der Humanität an England, damit die Kommission von den englischen Militärbehörden die Erlaubnis er-halte, ihren Bestimmungsort zu erreichen und ihren Friedensauftrag auszuführen. Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ hört, werde das britische Kabinett, ohne eine Vollmacht der holländischen Re-gierung, im Namen der Boeren zu handeln, anzuerkennen, wahr-scheinlich mitteilen, es bestehe kein Grund, der holländischen Kom-mission die verlangte Erlaubnis vorzuenthalten, vorausgesetzt, daß die englischen Militärbehörden keine Einwendungen dagegen erheben. Es verlangt, eine endgültige Antwort des englischen Kabinetts, das wegen der Angelegenheit mit Lord Kitchener in Verbindung steht, sei innerhalb zwei Tagen zu erwarten.

Man erzählte sich Mittwochabend in den Londoner Clubs, daß die Minister die Note als wertlos bezeichnet hätten, weil dieselbe keinerlei bestimmte Vorschläge enthalte. Das Kabinett habe bereits in sehr höflichen Worten auf ver-schiedene Bemerkungen der Note geantwortet. Man erklärt, falls die holländische Regierung von den Boeren-führern ermächtigt werde, Friedensvorschläge zu machen, so würde die englische Regierung diese einer ernsten Erwägung unterziehen. Auf alle Fälle hätte man sich über die Wichtigkeit der holländischen Note getäußt. Hätte dieselbe die Wichtig-keit, die man ihr beilegt, so hätte die englische Regierung nicht ge-zögert, von ihrem Inhalt Kenntnis zu geben.

Der S. P. V. meldet ferner aus dem Haag: Nach zuverlässigen Informationen fordern die Vertreter der Boeren als Vorbedingung jeder Eröffnung von Friedens-untersuchungen die Abberufung Wilners, die übrigens englischerseits bereits im vorigen Jahre zugestanden worden, wo Wilner seine Urlaubreise antrat, um die Unterhandlungen zwischen Kitchener und Vorha zu ermöglichen. Andererseits seien die Ver-treter der beiden Republiken bereit, auf die volle Unabhängigkeit zu verzichten, jedoch nur unter der Bedingung, daß ein kaiserlich-britisches Parlament, bestehend aus den Delegierten aller Kolonien, geschaffen werde, zu dem auch die Boeren-Republiken ihre Abgeordneten entsenden würden. Derselben müßten dieselben Rechte zuerlangen und sie auf der-selben Basis gewählt werden, wie in allen anderen britischen Kolonien. Sollte die englische Regierung diese Forderung nicht zu-gestehen, so verlangen sie eine proportionale Vertretung im Cap-Parlamente, das in ein südafrikanisches Parlament umgewandelt werden würde. Ganz Britisch-Südafrika würde unter diesem Parla-mente vollste Selbstverwaltung besitzen, im innerlichen Parlamente in London ihm aber nur ein Veto in großen Reichthümern zustehen.

Auf private Anfragen in den Wandlungen des Palais Bourbon erwiderte Minister Delcassé nach der Meldung eines Blattes, daß Frankreich dem Schritte Kitcheners fernstehe. Ueber den Inhalt der Kitcheners Anfrage konnte er nichts sagen, ebenso wenig äußerte er sich darüber, ob der holländische Ministerpräsident in eigenen Namen oder im Namen der Boerenführer gehandelt hat.

Neue englische Nachschiffe.

Hundert Offiziere und Mannschaften mit Pferden sind aus Neukelaud nach Südafrika abgegangen, weitere 500 folgen am 8. Februar. Außerdem bereitet man sich vor, noch eine, oder, wenn es nötig sein sollte, auch zwei Abteilungen von je 1000 Mann nach Südafrika zu schicken.

Prätorien, 30. Januar. Die großen Eiländische Bruce Hamiltons haben zur Gefangennahme von 112 Boeren geführt.

Der Erfolg Wehers.

Die imperialistische „St. James Gazette“ ist der Ansicht, daß Kommandant Wehers das Pietersburger Konzentrationlager am Mittwoch angegriffen habe, um den Engländern jene willkommenen Meluren wegzunehmen und „Daily News“ meint, daß Wehers aller Wahrscheinlichkeit nach an 900 Mann zurückgeworren habe, die zum größten Teil nur zu gern zu den alten Farben zurück-gekehrt seien.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Januar 1902, nachmittags 5 Uhr. In der vorigen Sitzung ist die Niederlegung von nicht weniger als 8 Anträgen beschlossen worden. Die Wahl derselben wird durch die Abteilungen vor der heutigen Plenarsitzung vollzogen; an-ßerdem findet die Konstituierung der künftigen Ausschüsse statt, so daß die Sitzung erst nach 1/2 Uhr ihren Anfang nehmen kann.

Schuldeputation

zu wählenden Mitglieder. Die socialdemokratische Fraktion hat den — früher, vor dem Vorfassen der Erlaß, von der Mehrheit als be-rechtigt anerkannten — Anspruch erhoben, in dieser Deputation ver-treten zu sein.

Es werden 131 Stimmen abgegeben. Gewählt sind mit mehr als 66 Stimmen Stadlv. Dr. Bittow, Cassel, Ulrich, Kemp, Schulze, Seeger, Hermes, Jden, Förner, Weiter erhalten Stimmen: Kreitzing 59, Dr. Preuß 59, Singer 52, Borgmann 49. Zwischen diesen vier soll in der nächsten Sitzung die Stichwahl vorgenommen werden.

Von den Stv. Augustin und Genossen liegt folgender An-trag vor:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, sich damit einver-standen zu erklären, daß von der Gemeindeverordnungen nach dem Steuerjahr von 4 M. umfassend ein Einkommen von mehr als 800—900 M. einschließ-lich vom 1. April 1902 ab bis auf weiteres Abstand genom-men wird.

Es ist beantragt, den Antrag dem demnächst einzusetzenden Etatsauschuß zu überweisen.

Stadlv. Bruns (Soc.): Die Versammlung hat sich ja mit dieser Frage in den letzten Jahren wiederholt beschäftigt; ich mache mir deshalb auch nicht an, heute hier neue Gedanken vorzutragen. Das letzte Mal hat der Magistrat den Vorschlag gemacht und der niedergelegte Anschlag empfahl die Ermäßigung. Trotzdem lehnte die Versammlung mit 57 gegen 56 Stimmen den Antrag ab. Wenn wir jetzt mit dem Antrag wiederkommen, so leitet uns dabei zunächst die Erwägung, daß die inzwischen stattgefundenen Ergänzungswahlen eine kleine Verschiebung nach links ergeben haben, und

Dann das Stimmverhältnis bei der letzten Abstimmung. Einer der Gegner des Antrages ist ja seitdem in den Magistrat hineingewählt, wo ihm der Kammerer gewiß eine bessere Meinung von der Sache beibringen wird. (Heiterkeit und Lachen.) Sodann haben wir bei der Wiederaufnahme des Antrages den Kostendruck der unteren Schichten der Arbeiterbevölkerung im Auge, den zwar der Magistrat leugnet, den aber die Bürgerschaft in ihrer großen Mehrheit als notwendig betrachtet. Wird die Sache zu lange hinausgeschoben, so könnten auch viele der Herren vielleicht vergessen, welchen Standpunkt sie bei der letzten Verhandlung eingenommen haben. (Lebhafter Widerspruch.) Doch unser Antrag die ganze freiheitliche Entwicklung in Preußen aufhalten könnte (Stadtv. Cassel: Sehr richtig), ist doch eine ganz nützige graue Theorie. Ich habe ja das große Vertrauen in die freisinnige Partei, daß sie, wenn sie mit Hilfe der Socialdemokratie bei den nächsten Wahlen auf die Höhe gestellt wird und einen der längst ersehnten Ministerposten erhält (Heiterkeit), dann freiheitliche Kommunalgesetze beantragen und durchsetzen wird. Aber in preussischen Herrenhäusern werden diese Scheiterer, und so wird es also immerhin gut sein, wenn Sie jetzt schon auf den Boden des Antrages treten. Ich bitte, den Antrag ohne Ausschüßberatung anzunehmen, beschließen Sie Beratung im Ausschüß, so werden wir dort unser Möglichstes thun.

Stadtv. Preuß (A. L.): Gegner des Antrages scheinen nicht vorhanden zu sein. Es wäre auch wunderbar, wenn sich das fonderbare Schauspiel wiederholen sollte, daß ein solcher Antrag der Verwaltung von einer liberalen Vertretung abgewiesen wird. Nach der kleinen Aenderung, die inzwischen in unserer Zusammenfassung eingetreten ist, ist die Annahme diesmal wahrscheinlich und ich würde das sehr freudig begrüßen, damit dadurch der öffentliche Schaden der bisherigen negativen Abstimmung schrittweise repariert wird. Ueber die Sache selbst Neues zu sagen, erübrigt sich. Was die Ueberweisung an den Staatsauschüß für einen Zweck haben soll, weiß ich nicht; Beschlüsse von principielle Bedeutung fassen wir doch auch sonst separat.

Stadtv. Cassel (A. L.): Es ist ja klar, daß die Abstimmung heute leicht anders ausfallen kann als im vorigen Jahre. Gerade eine solche Situation fordert aber zu desto sorgfältiger Prüfung heraus. Die Angelegenheit ist wiederholt im Staatsauschüß behandelt worden. Ueber den Punkt der materiellen Erträge dieser Steuerstufe wird gerade dort Aufklärung zu schaffen sein. Meine Freunde werden einstimmig für Ausschüßberatung eintreten. Wir gehen keineswegs von Erwägungen aus, wie viel freisinnige Ministerien nach den nächsten Wahlen zu fallen werden; es wird wohl keinem freisinnigen Abgeordneten nachgesagt werden können, daß er Ministerposten erstrebt hätte. Gerade an der Hand der letzten Stadtverordnetenwahlen können wir behaupten, daß unser ablehnender Standpunkt in der Bürgerschaft vollkommen verstanden worden ist. Diese Versammlung hat sich in ihrer großen Mehrheit erklärt für gleiche, allgemeines, an eine gewisse Selbstständigkeit und Steuerleistung gebundenes Kommunalwahlrecht, das betone ich heute nochmals. Kollege Wallach hat seine Veranlassung, Herrn Brand heute zu antworten, um die Erörterung nicht aufzuhalten, aber er wird ihm die Antwort nicht schuldig bleiben.

Stadtv. Wallach: Ich bitte umwittelbar darauf zur großen Erleichterung der Versammlung das Wort. Er stellt dem Stadtv. Brand seine Antwort bei der Staatsberatung in Aussicht. Herr Preuß spricht er das Recht ab, irgend welche angebliche öffentliche Schäden zu reparieren, die durch Beschlüsse der Versammlung erzeugt sein sollen.

Stadtv. Siegel (Fr. Fr.): spricht in seinem eigenen Namen, um seine ablehnende Haltung zu motivieren. Wenn Herr Brand behauptet, daß die untersten Schichten der Arbeiter am meisten von der wirtschaftlichen Depression getroffen würden, so sei das nicht richtig, wie seine Erfahrungen aus der Boreinschätzungs-Kommission ihm bewiesen.

Stadtv. Singer (Soc.): Nach unserer Meinung ist die Sache völlig spruchreif. Wir wollen uns aber dem Wunsche auf Ausschüßberatung auch nicht widersetzen.

Der Antrag Augustin geht darauf in den demnächst zu wählenden Staatsauschüß.

Vom Magistrat ist eine neue

Bekleidungsordnung für die Waisenverwaltung

zur Genehmigung vorgelegt und gleichzeitig eine teilweise Erhöhung der Kostgelder beantragt worden. Danach soll künftig die Bekleidung der Waisen ganz auf städtische Mittel übernommen werden. Die Erhöhung des Kostgeldes ist vorgesehen: von 60 auf 70 Pf. täglich für Kinder bis zu einem Jahre; von 45 auf 50 Pf. für die Kinder des zweiten Lebensjahres; für die schulpflichtigen Anaben außerhalb Berlins von 30 auf 35 Pf. Die Berliner Kostgeldsätze sollen auch für sämtliche in den Gemeinden des Vorort-Bezirksbezirks untergebrachte Kinder gezahlt werden. Der Etat wird durch die Vermehrung der Bekleidung um ansehnlich 71 370 M., durch die Erhöhung der Kostgelder um 33 287 M. mehr belastet.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soc.): Wir begrüßen mit Freuden, daß an eine Erhöhung der Kostsätze gegangen wird, halten diese Erhöhung aber nicht für alle Stufen für zureichend. Diese Sätze sollen nach der Vorlage den Pflegern nicht einen Vorteil zuwenden, aber sie bieten nach unserer Meinung nicht einmal den Ersatz der den Pflegern erwachsenen haren Unkosten. Auch die Kleiderordnung selbst scheint uns der Ausschüßberatung bedürftig. Daß Bibel und Gesangbuch zu den „notwendigen Bekleidungsgegenständen“ gehören, ist jedenfalls eine Absurdität der Vorlage.

Entsprechend diesem Antrag wird die Vorlage einem Ausschüß überwiesen.

Die von der Versammlung wiederholt verlangte Durchführung der

Unfallversicherung für die Obstreiber und Treiber

der Viehkommissionäre auf dem Viehhof ist jetzt auch vom Reichsversicherungsamt abgelehnt worden, da die Obstreiber selbständig sind, die Treiber aber von diesen angenommen werden. — Ein Antrag Augustin ersucht nunmehr den Magistrat, für die Versicherung der Betroffenen auf Kosten der Viehkommissionäre das Erforderliche zu veranlassen.

Stadtv. Stadthagen: Ich hoffe, Sie werden diesem Antrag zustimmen, der schon 1896 und 1897 hier angenommen wurde. Das Reichsversicherungsamt hat mit Recht angenommen, daß Treiber und Obstreiber einer Berufsgenossenschaft nicht angehören. Wir sind nun verpflichtet, diese Leute so zu stellen, als ob sie versichert wären. Werden sie auch von anderen beschäftigt, so werden sie doch für uns beschäftigt.

Stadtv. Hellmann (A. L.): lehnt den Antrag ab. Er sieht nicht ein, wie ein derartiger Zwang auf die Viehkommissionäre ausgeübt werden könnte. Es wäre das auch ein Eingriff in die Gewerbefreiheit.

Stadtv. Stadthagen: spricht sich nach diesem seines Erachtens auf unrichtiger Auffassung beruhenden Widerspruch für Ausschüßberatung aus.

Die Vergnügungsinspektion zu Radesdorf hat an den Magistrat das Ersuchen um einen Beitrag zu den Baukosten für drei bis vier

Familienhäuser

ersucht, die mit einem Kostenaufwande von je 15 000—18 000 M. erbaut werden sollen. Da die Stadt an dem fiskalischen Kaltebrunn zu einem Schießfeld beteiligt ist, will der Magistrat bis zum nächsten Teil, also mit ungefähr 10 000 M. beistehen. Es ist in den Beträgen eine 14tägige Kündigungsfrist vorgesehen.

Stadtv. Singer: beantragt, als Bedingung für die Gewährung einer städtischen Beihilfe die dreimonatliche Kündigungsfrist in den Beschlüssen einzufügen.

Stadtv. Singer: Wenn gleich die Angelegenheit für Berliner Terrain keine Bedeutung hat, kann doch der uns hier jugendlichste Beschluß als Präzedenz gelten. Ich bitte deshalb, den von uns gestellten Antrag anzunehmen, daß für die betreffenden Arbeiterwohnungen eine vierzehntägige Kündigungsfrist vorgesehen wird. Wir können keinem Beschluß zustimmen, bei dem nicht die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter gewahrt ist. Die Gewährung von Arbeiterwohnungen, bei denen das

Arbeitsverhältnis in Kontakt gebracht wird mit dem Mietsverhältnis, enthält eine schwere Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeiter, wenn sie beschränkt müssen, mit dem Tage des Aufgebens der Arbeit auch die Wohnung aufgeben zu müssen. Die Vergnügungsinspektion legt uns einen Mietsvertrag vor, in welchem die Mietsdauer auf einen Monat festgelegt ist mit vierzehntägiger Kündigung. Dieser Zustand scheint uns für die Arbeiter durchaus unerwünscht. (Sehr richtig) Bei der Schwierigkeit, in der sich die Arbeiter heute wirtschaftlich überhaupt befinden, haben wir keinen Grund, die Arbeiter noch mehr unter das Joch des Arbeitgeberers, der Verwaltung, zu bringen.

Stadtv. Heller: Im Mai v. J. ist die Vergnügungsinspektion mit dem Ersuchen um einen Zuschuß an uns herangeraten. Die Grund-eigentums-Deputation hat die Sache reiflich geprüft und auch der Mietsvertrag ist genau durchgegangen und auf das Vorhandensein von Härten besonders angesehen worden. Die vierzehntägige Kündigung haben wir zum Gegenstand einer Midfrage gemacht; die Vergnügungsinspektion kann die dagegen erhobenen Bedenken nicht anerkennen, weil die Kündigungsfrist nach allgemeinen Bestimmungen des Vergnügungsinspektionsgesetzes festgesetzt sei und es der Verwaltung nicht einfallen werde, einem ordentlichen Arbeiter die Wohnung zu kündigen. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Auch die Deputation und der Magistrat finden in der vierzehntägigen Kündigung keine Härte. (Hört! hört!) Der bergbauartige Betrieb trägt einen besonderen Charakter. Köme ein Kündigungsfall vor, so würde dem Arbeiter nichts übrig bleiben, als sich außerhalb Radesdorfs nach Arbeit umzusehen, dann könnte nach dem Antrag Singer die Familie noch drei Monate von der Verwaltung in der Wohnung festgehalten werden, und gerade darin erblicken wir eine Härte (Hört! bei den Socialdemokraten) gegen die Arbeiterbevölkerung.

Stadtv. Wallach: Ich will dem Antrag Singer nicht entgegen sein (Bravo!), denn hier liegt die Sache so, daß der entlassene Arbeiter in Radesdorf keine Arbeit finden kann, und gerade dieser Umstand muß ihm doch sehr erwünscht erscheinen lassen, die Wohnung noch etwas länger behalten zu können, da er doch bei der Wohnungsfrage nicht eine Familie von 5, 6 oder noch mehr Köpfen mit sich schleppen kann. Indessen würde die Ermäßigung auf sechs Wochen auch schon vollständig genügen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Haberland (A. L.): Die Herren Socialdemokraten haben sich früher gegen den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Stadt erklärt und jetzt bekunden sie die Vorlage mit einer Bedingung, welche sie zum Scheitern bringen muß. Wenn die Stadt sich an solchen Unternehmen beteiligt, muß die Wohnung in irgend einem Zusammenhang zum Arbeitsverhältnis stehen. Bei kleinen Wohnungen ist doch jetzt schon vierwöchentliche Kündigung die Regel. (Lebhafter Widerspruch.)

Stadtv. Singer: Der Vordirektor insinuiert uns Absichten, die wir nicht ausgesprochen haben. Wie kommt er dazu, aus meinen Ausführungen den Schluß zu ziehen, wir hätten den Antrag nur gestellt, um dem Bau von Arbeiterwohnungen zu widerstreben? Materiell tritt er sich durchaus. Unsere Partei befindet sich im Einverständnis mit allen bürgerlichen Socialreformern bei der Auffassung, daß das Wohnungs- und das Arbeitsverhältnis nicht in Zusammenhang gebracht werden dürfen. Haben Sie denn die Arbeitsbedingungen vergessen, welche elend gezeichnet sind, weil die brutale Macht des Unternehmertums die Leute aus den Wohnungen treibt? (Ob! bei der Mehrheit; Rufe bei den Socialdemokraten: Glasarbeiter! Vergarbeiter!) Es liegt auch kein Widerspruch mit unserer früheren Stellungnahme vor. Wir wollen die Errichtung von Arbeiterwohnungen durch die Städte nicht, weil dann die Freiheit des Arbeiters nicht respektiert wird.

Wäre ich ängstlich, so würde mich das Eintreten des Herrn Wallach erschrecken (Heiterkeit); aber ich bin nicht ängstlich, und so hoffe ich, daß Herrn Wallach recht viele seiner Freunde auf seinem Wege folgen werden. Wir haben Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen und nicht Säugpatrone der Verwaltung zu sein.

Stadtv. Kreiting: beantragt, die Angelegenheit einem Ausschüß zu übergeben. (Widerspruch.) Der Antrag auf Ausschüßberatung wird abgelehnt, der Antrag Singer angenommen und mit dieser Modifikation die Magistratsvorlage.

Der Antrag Nathan betr. unentgeltliche Gewährung von Kur und Verpflegung in städtischen Krankenhäusern an die in Berlin mit ansteckenden Krankheiten befallenen Personen wird wegen der vorgerückten Stunde von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Beratung des Antrags Kreiting und Genossen (Neue Linke):

„Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob ihm bekannt ist, daß in der Aula des Realgymnasiums regelmäßige Versammlungen stattfinden, welche den Zweck haben, für die sogenannte „mystische Hellmethode“ nach dem System der Amerikaner Eddy Propaganda zu machen.“

Stadtv. Kreiting: Der Kollege Rosenow ersucht um befreundeter Seite, daß in der genannten Anstalt sich eine Gesellschaft von „Gesundbeten“ etabliert habe, die sich als „Gesellschaft für christliche Wissenschaft“ nennt. Der in Kenntnis gesetzte Schulleiter hat an den Direktor Schellbach eine Anfrage gerichtet, auf die derselbe auch die Antwort am 23. Dezember gegeben hat, wonach es ein Jargon sei, daß die Gesellschaft irgend etwas Schlimmes oder Anstößiges treibe; die Berliner Vertreterin dieser amerikanischen Wissenschaft sei Fräulein Ida Schön. Es sei auch für den Laien nicht ganz leicht, meint der Herr Direktor, sich von dem Wesen der christlichen Wissenschaft eine Vorstellung zu machen; Gebetsheilungen fänden nicht statt. (Heiterkeit.) Nach dem Inhalt des Briefes muß man billig staunen, daß so etwas in der Stadt der Intelligenz und noch dazu in einer höheren städtischen Lehranstalt vorkommen konnte. Schulleiter Fürstenau hat seiner Zeit die Erlaubnis zu diesen Versammlungen gegeben. Die neuen Schulleiter sind jedenfalls bisher zu überaus gewesen; aber sechs Wochen hätten doch nicht bis zur Ablehnung dieses Humbugs zu verfließen brauchen.

Stadtv. Schullat Voigt: Es war dem Magistrat von Gesundheitsbeten nichts bekannt. Gegeben war die Erlaubnis vom Stadtschulleiter Fürstenau zur Abhaltung von Übungen der Gesellschaft für christliche Wissenschaft, verlängert wurde sie vom Stadtschulleiter Gertsenberg. Beide haben von Gesundheitsbeten nichts gewußt. Ich bin an der Sache unschuldig wie ein Kind. Der Stadtv. Rosenow wollte selbst hingehen. Das ist aber nicht geschehen; die Sache mußte durchaus noch einen prächtigen dramatischen Abchluß finden. Herr Rosenow hat mir wenigstens keine Auskunft über das Ergebnis seines Besuchs erteilt. Am 22. Januar las ich die Zeitungsnachricht von der Interpellation Kreiting, ich schrieb an den Direktor Schellbach, er kam... (Rufe: er sah, er siegte! Große Heiterkeit) und teilte auf meine Frage mir mit, daß am Schluß der Übungen in der That Geheimnisse aufgedeckt seien und Propaganda für Gesundheitsbeten gemacht worden sei. (Stadtv. Hoffmann: Ueberbreitet der Heilarmee. (Schlimmliche Heiterkeit.) Da mußte die Sache laffert werden, und am 23. Januar, mittags 2 Uhr, war sie tot. Ich werde solchen Unfug in meinen Schulen nicht dulden! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Dobe (A. L.): spricht sein Verwenden darüber aus, daß die praktische Handhabung der sehr guten magistralischen Grundzüge über die Benennung der Schulen zu anderen Zwecken doch zu solchem Unfuge hat führen können.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Der Schulleiter hat durch den von ihm angeschlagenen Ton die Versammlung direkt verletzt (Widerspruch und Zustimmung). Der Schulleiter hat mir keinen Auftrag gegeben, sondern mir bloß den Schellbachschen Brief zur Kenntnisnahme geschickt und nachher die Sache dahin zu beschönigen versucht, daß es sich vielleicht um die ernstlichste religiöse Erudition handeln könnte. (Hört! hört!) Hätte Herr Schellbach recht, so brauchten wir ja keine Krankenhäuser mehr. Wir haben den Magistrat aufzufordern, solchen Unfug aufzuheben und zu steuern. Auch in Rowanow wird die von sehr hohen Kreisen in Potsdam angegangene Gesundheitsbeterei betrieben und städtische Kranke werden dorthin geschickt. Herr Direktor Schellbach hat sich einen schlechten Dienst

erwiesen, wenn er eine so böse Sache zu verteidigen versuchte. Was sollen wir sagen, wenn unsere Direktoren solche Dinge fordern, wo es sonst so schwierig ist, selbst für Vorlesungen der Humboldt-Akademie die Schulleiter zu erhalten? Hier hat man eine Humboldt-Akademie installiert! (Große Heiterkeit.)

Stadtschulleiter Voigt: Herr Rosenow spricht heute viel erregter als bei unserer früheren Versammlung. Ich habe seine Aeußerungen nicht anders aufgefaßt, als ich vorher darstellte. Der Direktor Schellbach kann für diese Vorkommnisse nicht verantwortlich gemacht werden, da er mit Arbeiten überlastet ist.

Vorsteher Langerhans: Ich verstehe nicht, wie der Schulleiter für den Schellbach noch ein Wort der Entschuldigung hat! Selbst hätte er hingehen sollen, sowie er von diesen Dingen etwas erfährt. Durch diesen nutzlosen Unfug sind wir kompromittiert, sind wir vollständig blamiert! Der Stadtschulleiter ist ja im Amte noch sehr jung, aber das mußte er sich doch sagen, daß so etwas in seinem Departement, in einer höheren Bildungsanstalt und unter Billigung des Direktors nicht vorkommen durfte. Der Herr Direktor giebt ja in dem Briefe nicht einmal zu, daß Gebetsheilungen vorgekommen sind, erst nachher auf mündliches Vorhalten hat er es zugegeben. Wir müssen unsere Beamten mit aller Deutlichkeit darüber belehren, daß wir uns solchen Unfug nicht gefallen lassen! (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Stadtv. Rosenow: Das Benehmen des Herrn Direktors Schellbach ist geradezu empörend gewesen, und da will ihn der Herr Stadtschulleiter noch durch Ueberlastung mit Arbeiten entschuldigen!

Stadtv. Berl: In diesem Fall ist wieder einmal das Wort am Plage: Cherezo la femmo! Aus der Provinz-Preffe, die in den schärfsten Wendungen sich über diesen Berliner Unfug lustig gemacht hat, ergibt sich, daß die Frau des Direktors eine eifrige Anhängerin der Gesundheitsbeterei ist. Dann hat Herr Schellbach nicht gehandelt als Ueberlastung, sondern er hat diese Dinge zugelassen, weil er einen Einfluß unterworfen war, der stärker war als der Einfluß, über den wir bei den Direktoren unserer städtischen Anstalten zu verfügen haben. Dagegen müssen wir Front machen.

Damit schließt die Debatte. Der Vorsteher erklärt die Angelegenheit für vorläufig erledigt.

Gewerkschaftliches.

Begen Streikvergehen wurden in Breslau fünf Maurer zu Gefängnisstrafen verurteilt; zwei erhielten drei Monate, einer zwei Monate und zwei je eine Woche Gefängnis. — Ueber Verurteilungen zum Strafminimum aus Anlaß des Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung hat die Schafmacherpreffe noch keinen Anlaß gehabt, Klage zu erheben.

Achtung, Rahmer! In der Gerberei von Georg Leber zu Greiz haben die Rahmer nach einer uns zugehenden Privat-Drahtmeldung die Arbeit niedergelegt. Es streiken 34 Mann. Jüngst ist durchaus fernzuhalten.

Der Streik der Kolladenarbeiter bei der Firma Mähner u. Co. in Stuttgart dauert fort. Die Firma hat ein paar Streikbrecher erwischt, sehr zum Nachteil der — Orts-Reankenossen. Einer von den Leuten, ein Eisenstecher August Sib, hat sich bereits in den Finger gesteckt; eine schwere Strafe für sein unsolidarisches Verhalten.

Aus dem Kreise Jericho. Die „Rheinisch-westfälische Arbeiterzeitung“ schreibt: Als Arbeitersekretär für die Kreise Jericho und Lüdenscheid ist am Sonntag der Genosse Limberg-Anna gewählt worden. Das Resultat ist jedenfalls mit Freuden zu begrüßen, da wir den Genossen Limberg als energischen und thätigen Vertreter der Arbeiterinteressen kennen gelernt haben und werden auch die Arbeiter des Jerichower Kreises mit dieser Wahl zufrieden sein können. Aber eine überaus wichtige Mitteilung müssen wir hier noch machen, die am Sonntag in Lüdenscheid in einer Gewerkschaftsversammlung laut wurde. Der Genosse Fijer stellte mit, daß der zuerst vorgeschlagene Kandidat Bullmer dem Herrn A. Grünrad (Vorsitzender der Kreis-Gewerkschaftskommission) habe versprochen müssen, nicht politisch thätig zu sein. Die Sache bedarf dringend der Aufklärung, da es doch unerwünscht ist, wenn Arbeiterorganisationen resp. deren Führer ihren Angehörigen verbieten wollten, politisch thätig zu sein. Es ist selbstverständlich, daß die Organisationen, die politische Freiheit von den Unternehmern fordern, dieselbe auch ihren Angehörigen zubilligen. Das wurde auch in der Lüdenscheider Versammlung anerkannt.

Der Volkshandelsverein in Nürnberg hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Die Leitung des Volkshandelsvereins will aus der Katastrophe im Färther Saalbauverein eine Lehre ziehen. Nicht an einen großen Saalbau denkt man zunächst, sondern an eine Centrale für die Gewerkschaften. — Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1901 1837, 244 mehr als im Vorjahre. Angelugt sind 28 698,00 M., der Reservefonds beläuft sich jetzt auf 2868,20 M.

Der Gewerbeverein christlicher Bergleute hält am 2. Februar in Eitel seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt jeder sozialpolitischen Bedeutung. In dem Geschäftsbericht wurden zunächst 86 873 Mitglieder angegeben, auf Grund „revidierter“ Mitgliederlisten wird der Bestand doch schnell auf 89 958 reduziert — einschließlich Ehrenmitglieder. Die Einnahmen bezifferten sich auf 208 482,35 M. — zuzüglich Bestand von 62 087,01 M. — die Ausgaben auf 87 822,86 M. Das Gesamtvermögen beträgt 125 659,49 M. Für direkt sociale Zwecke wurden veranschlagt: 22 350 M. Sterbegeld und 4656 M. Gewerkschafts-Unterstützung. Die Zunahme an Mitgliedern beträgt rund 6000 und entfällt allein auf das Ruhrrevier, welches 31 377 Mitglieder stellt, während auf alle übrigen Bezirke nur 2800 Mitglieder entfallen. Die dem Verband angeschlossene fakultative Krankenkasse-Zuschußkasse, die im Februar 1901 in Thätigkeit trat, zählte am Jahresschluß 2256 Mitglieder mit 100 Zahlstellen. Letztere hatten eine Einnahme von 19 862,80 M. An Krankengelder zahlten dieselben 13 288,50 M. 60 Prozent der Mitglieder erkrankten. Den Zahllisten verblieb ein Bestand von 563 M. Die Centrale vereinnahmte 10 559,06 M. Die Ausgabe einschließlich Rücküberweisungen von 4116,70 M. an die Zahllisten betrug 6953,10 M., so daß ein Vermögen von 4005,95 M. verbleibt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 30. Januar. (W. Z. V.) Antlitz. Bei der heute im 11. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Wiesbaden stattgehabten Landtags-Erwahl wurden insgesamt 824 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Redakteur Defer (Demokrat) 471 und Rentner vom Rath (natl.) 353 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Wien, 30. Januar. (W. Z. V.) Antlitz wird mitgeteilt: Western abend 10^{1/2} Uhr fuhr im Güterbahnhof Völkshofbahn der von Frankfurt a. M. einführende Güterzug Nr. 6061 einer Rangierabteilung in die Halle. Die Lokomotive und der Pufferwagen des Güterzuges sowie zehn Güterwagen entgleisten. Vom Personal ist niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unerheblich, die Untersuchung ist eingeleitet.

Jülich, 30. Januar. (W. Z. V.) Ein beschäftigter Arbeiter ermordete aus Verzweiflung seine Ehefrau und seine zehnjährige Tochter und tötete sich dann selbst.

Belgrad, Senat. (W. Z. V.) Der Handelsminister Milowanowitsch erklärte auf eine Interpellation den deutschen Zolltariffentwurf betreffend:

Es seien große Staaten, auf welche Deutschland, sowohl aus wirtschaftlichen, als auch aus politischen Gründen Rücksicht zu nehmen gezwungen sei, in dieser Angelegenheit mehr interessiert als Serbien. Oesterreich-Ungarn und Rußland würden offenbar alles aufbieten, um die Härten des Zolltariff-Entwurfs auf alle Fälle erheblich zu mildern. Falls ihnen die Mitwirkung Serbiens hierbei von Wert erscheinen sollte, könnten diese Staaten unbedingt darauf rechnen.

Reichstag.

130. Sitzung vom Donnerstag, 30. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Febr. v. Zbielmann. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Beratung der Novelle zum Brantweinsteuer-Gesetz.

Die Beratung soll mit einer namentlichen Abstimmung über Artikel I ad 2 beginnen, welcher bestimmt: „Die im § 43a I mit a und b festgesetzten Brennsteuerrate werden bis zum 30. September 1902 unter Erhöhung um 50 Proz. fortgehoben.“

In der letzten (99.) Sitzung des Reichstags vor Eintritt der Verlesung im Mai 1901 hätte sich bei der Abstimmung über einen Gegenantrag des Abg. Fischbeck (Frei. Wp.) die Brennsteuer vom 1. Oktober 1901 ab zunächst noch auf ein Jahr in der alten Höhe weiter zu erheben, die Beschlußunfähigkeit des Reichstags herausgestellt.

Präsident Graf Balkeström teilt mit, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über Artikel I ad 2 zurückgezogen ist.

Die Abstimmung erfolgt daher nur durch Aufstehen und Sitzenbleiben. Für den Kommissionsantrag erhebt sich niemand, er ist also einstimmig abgelehnt.

Abg. Baasche (natl.) beantragt hierauf zur Geschäftsordnung den Artikel II der Vorlage mit einem dazu vorliegenden Antrag Urenberg (C.) an die Kommission zurückzuverweisen, da eine Beratung dieses Artikels in der Kommission seiner Zeit eigentlich gar nicht stattgefunden habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan stellt den Gegenantrag, den Artikel der Zolltarif-Kommission zur Beratung zu überweisen. (Weiterleit.) Die Erträge der Brennsteuer sollten nach dem Centumdantrag für die Wägen- und Wägenverlängerung verwendet werden; dadurch rechtsfertige sich auch die Beratung dieser Materie in der Zolltarif-Kommission.

Abg. Singer (Soc.) schließt sich diesem Antrage an. Die wirtschaftlichen Fragen, welche bei der Beratung der Brennsteuer im Vordergrund stehen, stehen unmittelbar im Zusammenhang mit den Fragen, über welche die Zolltarif-Kommission verhandelt.

Der Antrag Baasche auf Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etat des Reichsamt des Innern fortgesetzt. (Titel: Staatssekretär.)

Abg. Pens (Soc.): Herr Dertel hat sich über die schlechte Bezahlung der Angestellten in Konsumvereinen beklagt. Er kann sich dabei doch nur auf einzelne Ausnahmefälle beziehen. Wenn er darauf hinweist, daß in einem kleinen Orte dicht bei Chemnitz die Arbeiter in dem Konsumverein besonders niedrige Löhne erhalten, so möge er nur zunächst dafür sorgen, daß überhaupt die Löhne der Arbeiter in solch kleinen Orten höhere werden.

Dann werden auch die Konsumvereine in der Lage sein, höhere Löhne zu zahlen. In Leipzig haben die vier Konsumvereine, die über 40 000 Mitglieder zählen, im letzten Jahre 13 Millionen Mark Umsatz gemacht. Das ist doch eine ganz nette Summe, die von Jahr zu Jahr steigen wird. So hat die Großhandels-Gesellschaft in Hamburg innerhalb eines Jahres ihren Umsatz von 8 auf 15 Millionen Mark erhöht.

Wenn der Abg. Dertel einwendet, es müsse mit aller Gewalt dafür gefordert werden, daß der Mittelstand erhalten bleibt, so irt er außerordentlich, wenn er glaubt, daß dies möglich ist. Der Mittelstand kann nicht erhalten werden; das ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die niemand aufhalten kann. Ich glaube gerade, der Konsumverein Leipzig-Plagwitz kann sich leben lassen und verdient nicht, hier im Reichstags von Herrn Dertel angegriffen zu werden. Er hat für seine Angestellten den Achtstundentag eingeführt und in Pensionsklassen usw. hervorragendes geleistet. Wo Missetände vorhanden sind, sind wir Sozialdemokraten die ersten, die dagegen aufzutreten.

Herr von Rasow hat dann das Wohnungsverordnen in den Städten gegen uns anzupfeifen geschickt. Wir sind diejenigen gewesen, die in den Kommunen auf die Befreiung dieses Elends gedrungen haben. Wir sind es doch nicht, die antworten, daß der Arbeiter ein Drittel seines Verdienstes für Miete ausgeben muß.

Weiter hat sich Herr v. Rasow darüber beschwert, daß wir gelegentlich den Grafen Mirbach unter die Lupe nehmen. Graf Mirbach ist für uns aber besonders aus dem Grunde interessant, weil er im Jahre 1895 sagte: „In allen ländlichen Kreisen und weit über diese hinaus würde es mit Freude begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich entschließen würden, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlgesetzes zusammenzurufen.“ Das ist doch offenbar eine direkte Aufforderung zum Staatsstreich von oben. Ein solcher Mann verdient es allerdings, daß wir uns mit ihm beschäftigen.

Dann hat Herr von Rasow gemeint, er könnte stolz darauf sein, daß er neben den Söhnen berühmter Männer sitzen könne. Es ist bezeichnend, daß er sich mit den Söhnen begnügen muß. Er hat dann in seiner Päckerei vom Sonnabend besonders gegen die Juden gewettert. Aber dieselben Junker, die die Juden hassen, lieben oft die Töchter der Juden. (Große Heiterkeit links.)

Herr Schlumberger hat ja wohl gemerkt, daß er mit seinen Ausführungen eigentlich nur eine angenehme Viertelstunde bereitet hat. Die Novelle über die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit, die uns demnächst zugehen soll, enthält leider keine Regelung der Kinderarbeit auf dem Lande. Daran möchte ich vor allem meine Kritik knüpfen.

Nach der Vollerhebung von 1895 waren Kinder unter 14 Jahren 215 000 beschäftigt, davon 135 000 in der Landwirtschaft. Daraus geht schon hervor, daß auch gegen die Kinderarbeit in der Landwirtschaft vorgegangen werden muß.

Das liegt schon im Interesse der Landwirtschaft selbst. Es handelt sich vor allem um die Beschäftigung von Kindern auf den Juckerräben, Feldern und bei den Maschinen, die jetzt immer mehr in der Landwirtschaft zur Anwendung kommen.

Im Freien sind die Kinder allen Unbilden der Witterung, schädlicher Sonnenhitze und dann wieder Gewitterfurchen ausgesetzt. Sie müssen auf der Feldern fast den ganzen Tag in gebückter Stellung anhalten. Sie werden durch die schwere Arbeit so abgemattet und abgestumpft, daß sie dem Unterricht in der Schule nachher gar nicht mehr folgen können.

Es kommt sogar vor, daß die Schule, wie z. B. in Anhalt, extra früh anfängt, z. B. um 6 Uhr morgens, damit die Kinder nachher noch dem Abendziehen nachgehen können. Wenn das so weiter geht, wird die Kraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, von der man immer spricht, bald dahin sein. Die Landwirtschaft muß also in ihrem eigenen Interesse die Kinder schützen. Nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Schulbildung der Kinder auf dem Lande leidet unter den heutigen Zuständen. Wir sind ganz bereit, Mittel zu bewilligen, um die Schulverhältnisse auf dem Lande zu heben.

Heute werden den Kindern weniger nützliche Kenntnisse als vor allem Religion beigebracht. Wer wünscht, daß die Eltern auf dem Lande bleiben, muß auch dafür sorgen, daß die Schulen auf dem Lande mindestens so gut werden wie die Schulen in der Stadt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie schämen die Verhältnisse auf dem Lande sind, beweist eine Polizeiverordnung, die in Anhalt im Jahre 1899 erlassen wurde. Danach dürfen Kinder unter 8 Jahren nur halbtägig bei dem Abendziehen beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kinder über 8 Jahren dürfen von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß eine solche Verordnung erlassen werden mußte, zeigt uns schon, wie

es früher gewesen sein muß und wie es heute noch dort ist, wo solche Verordnungen nicht bestehen. Leider wird die Heberzeugung der Verordnung nur mit 15 Mark bestraft. — Nicht nur die Arbeit der Kinder auf den Äckern, sondern ebenso die Kinderarbeit an den landwirtschaftlichen Maschinen muß verboten werden. Die Mittel, um die Landwirtschaft trotzdem konkurrenzfähig zu machen, wollen wir gern beivilligen. Freilich nicht auf dem Wege des Zolltarifs, der die Kerntnisse belastet, wohl aber vermittelst einer direkten Einkommensteuer. Mit dem Zolltarif will man die Möglichkeit erlangen, höhere Löhne zahlen zu können. Das mag ja gut gemeint sein, aber die ökonomischen Thatsachen beweisen, daß die Arbeiter nur dann höhere Löhne bekommen, wenn sie sie sich erzwingen können. Deshalb müßte zum mindesten den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben werden. Stundenweit kommen Arbeiter vom Lande zu uns in die Redaktionen, klagen ihre Not und bitten uns, ihnen zu helfen. Das ist uns aber unmöglich; es fehlen uns die gesetzlichen Handhaben. Die Agenten versprechen den Arbeitern alles Mögliche und wenn es sich nachher um die Innehaltung des Vertrages handelt, erklären die Unternehmer, sie hätten ganz etwas anderes abgemacht. Wenn Sie die Landflucht beseitigen wollen, schaffen Sie auf dem Lande Zustände, die sich nicht so groß von den Zuständen in der Stadt unterscheiden, schaffen Sie Volksbibliotheken auch auf dem Lande. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie wollen möglichst billige, auf niedrigerer Kulturstufe stehende Arbeiter. Da Sie mit der Justizhausvorlage im Reichstags nicht durchgekommen sind, suchen Sie Ihr Ziel in den Einzelkandlagen zu erreichen. In Anhalt ist ein Gesetz angenommen, wonach die Arbeiter, die lousatrisch tätig werden, durch die Polizei zwangsweise der Arbeit wieder zugeführt werden sollen. Wenn Sie ahnten, wie die Arbeiter, denen das widerfährt, von dem innersten Groll erfüllt werden, so würden Sie selbst fragen: um Gottes willen, nur schnell fort damit! Solche Bestimmungen wirken mehr als alle sozialdemokratischen Veranmeldungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pöbbecke meinte neulich im preussischen Landtage, wir hätten das Land, weil wir dort keine Erfolge erzielen. Nun, durch alles was wir thun, beweisen wir, daß wir es mit den Landarbeitern gut meinen. Welchen Erfolg wir allmählich auch auf dem Lande haben, das hat ihnen ja die letzte Wahl in Döbeln, einem überwiegend ländlichen Wahlkreise, gezeigt, wo unser Kandidat gestagt hat. Bei den nächsten Wahlen werden sich ja höchstwahrscheinlich derartige Fälle mehren und wir werden hoffentlich bald die Macht bekommen, um auch ohne Sie (nach rechts) für die Landarbeiter das zu erreichen, worauf sie Anspruch haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jacobsohn (L.): Die Kritik des Abg. Pauli gegen das Handwerksgesetz ging mir doch zu weit. Wir halten das Gesetz durchaus nicht für vollkommen, aber doch für eine geeignete Grundlage, um im Interesse des Handwerks weiter zu arbeiten.

Der Innungstag in Weisha hat sich freilich ganz im Sinne des Herrn Pauli geäußert, aber Beweise für die schweren Angriffe der Herren gegen das Gesetz von 1897 sind doch nicht erbracht worden. Eine lebensfähige Zwangsinnung ist nur zu denken zwischen Fachgenossen eines Faches, in ganz bestimmten Kreisen und zu ganz bestimmten Zielen. Die idealen Ziele der Zwangsinnungen können freie Innungen nur unter besonders günstigen Umständen erfüllen. Nur der Paragraph, der bestimmt, wer zum Handwerk gehört, hat eine gewisse Erregung in der beteiligten Kreisen hervorgerufen. Eine große Unsicherheit besteht auch darüber, welche Betriebe als Handwerk und welche als Fabrik anzusehen sind. Freilich lassen sich zur Lösung dieser Frage nur schwer bestimmte Grundfätze aufstellen, aber man sollte doch den Versuch machen, die Frage zu regeln.

Die Handwerker, denen die ganzen Lasten der Lehrlings-Ausbildung usw. obliegen, beklagen sich mit Recht über manche Entscheidungen, für die nur das Urteil der Fabrikspektoren, nicht der Handwerkskammern maßgebend ist. Viele dieser Entscheidungen liegen einzig und allein im Interesse der großen Industriellen, die sich, soweit sie nur irgend können, ihren sozialen Lasten entziehen. Wir wünschen eine gesetzliche Regelung und Definition des Begriffs „Handwerker“ und eine rechtliche Scheidung zwischen den Handwerkskammern und Handwerkerkammern. Den Befähigungsnachweis für Bauhandwerker halten auch wir für erwünscht. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann-Hall (deutsche Wp.) tritt für eine Medizinalreform ein und verlangt Maßregeln zur Bekämpfung des Kurpfuschertums. — Für die praktische Ausübung der Medizin ist die Frau weniger geeignet als der Mann. Zum mindesten muß von den weiblichen Studierenden die gleiche Vorbildung verlangt werden wie von den männlichen. — Ferner wendet sich des Weiteren gegen die Naturärzte und wünscht ein Verbot der Zulassung nicht approbierter Ärzte zur Kronenlassenprüfung. — Dringend notwendig ist eine Forderung der Prüfungsordnung für Tierärzte, sowie eine gesetzliche Regelung des Apothekenswesens.

Weiter ist eine gesetzliche Definition des Begriffes „Seheimittel“ erforderlich, damit der eigentlichen Medizin endlich der ihr gebührende Schutz genährt werde. Was die Vorbereitung der Tierärzte anlangt, so habe ich auf eine schriftliche Anfrage an den Staatssekretär v. Pöbbecke von diesem die Mitteilung erhalten, daß die bayerische Regierung im Bundesrat den Antrag gestellt habe, die Naturarzte zur Bedingung des Studiums der Tierheilkunde zu machen. Die Verhandlungen darüber innerhalb des preussischen Kultusministeriums und des preussischen Medizinalrats sind noch nicht abgeschlossen. Es ist dringend erforderlich, daß hier bald eine Entscheidung getroffen wird.

Abg. Schlumberger (Hosp. d. Natl.): Ich habe nicht gehört, was Herr Kollege Pens gesagt hat und behalte mir eine Erwiderung darauf vor.

Jetzt nur ein Wort zu den Anträgen betreffend das internationale Arbeitsamt. Vor zehn Jahren wäre ein europäisches Arbeitsamt ein sehr nützliches Institut gewesen; heute hat ein solches Amt viel an seiner Bedeutung verloren. Ohne die Beteiligung von Rußland, England und besonders Amerika hat ein solcher Antrag kaum noch einen praktischen Wert. Wir stehen heute im Zeichen der europäischen Zolluneinigkeit. Diesseits des Ozeans schwärmt man immer noch für die veraltete Parole: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Heute gehen die Amerikaner viel vernünftiger vor; sie einigen sich alle zielbewußt dahin, das Ausland wirtschaftlich zu unterjochen, von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht. Einigen wir uns auch! Wir janken uns noch immer im Klassen- und Interessenkampfe um die Teilung der im Vaterland erzeugten Güter. Vielleicht werden aber die Amerikaner dafür sorgen, daß es im Deutschen Reich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern kein wertvolles Streitsobjekt mehr geben wird. (Lachen links.) Wenn soll damit gedient sein? Bei der heutigen Sachlage sollte ein national unabhängiges Wirtschaftsgesetz doch noch etwas gelten. Ohne die amerikanische Einwirkung bleibt ein europäisches Arbeitsamt doch nur eine akademische Studienquelle und ein Akt der Höflichkeit gegen die Nachbarländer. Ich fürchte, wir rationieren zuviel in Deutschland. (Große Heiterkeit.) In einem Moment, wo die deutsche wirtschaftliche Existenz auf dem Spiele steht, giebt es besser angewandte Ausgaben.

Abg. Bebel (Soc.): Wenn der Abg. Schlumberger mit den amerikanischen Verhältnissen vertraut wäre, müßte er wissen, daß doch genau dieselben Klassenkämpfe, wie in Deutschland, dort zu kämpfen sind. Diese

Klassenkämpfe haben aber mit unrem Antrage sehr wenig zu thun. Auch mit den Zollverträgen, der Handelspolitik und der vom Herrn Abg. Schlumberger sogenannten europäischen Zolluneinigkeit hat ein internationales Arbeitsamt nichts zu schaffen. Herr Schlumberger hätte uns doch mitteilen sollen, wie er sich den Weg denkt, um die europäische Zolluneinigkeit in eine Einigkeit zu verwandeln. Das ist das Ei des Kolumbus und an der Lösung dieser Frage wird er und seine Freunde noch zu Grunde gehen. Daran sind schon bessere Köpfe, als er, gescheitert. (Heiterkeit.)

Das bestehende internationale Arbeitsamt in Basel ist von Freunden der Sozialreform aller Kulturländer der Erde ins Leben gerufen worden, nachdem verschiedene Versuche zur Gründung eines solchen Amtes von Regierungswegen gescheitert waren. Auf den internationalen Kongressen der verschiedenen Richtungen hat man sich aber allgemein für die Notwendigkeit einer solchen Gründung ausgesprochen. Es ist doch unbefriedigend, daß ein internationales Arbeitsamt, das von den Regierungen begründet ist, mit ganz anderer Autorität zu arbeiten vermag, wie ein von Privaten ins Leben gerufenes.

Das gesamte staatliche Material zur Sozialreform und zu den Arbeiterkämpfen, zur Arbeiterstatistik u. s. w. würde ihm zur Verfügung stehen. Seine Hauptaufgabe wäre, dies Material aus allen Kulturländern zusammenzutragen und es den Regierungen sowie Privaten für spezielle Fragen jederzeit zur Verfügung zu stellen. — Die Fraufrage ist in der Diskussion berührt worden. Wir verlangen volle Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau mit dem Manne auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens. Der Gedanke eines weiblichen Reichskanzlers z. B. hat für uns durchaus nichts Ungehörliches, vielleicht würde ein weiblicher Reichskanzler sogar mehr Geldenthalten aufzuweisen haben, wie mancher männliche. (Heiterkeit.) Auch Herr v. Kardorff war ja dafür, den Frauen das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht zu geben, allerdings weil er sich daran Vorteile für die rechte Seite dieses Hauses versprach. Er könnte ja fürs Erste recht haben, aber lassen wir doch mal auf eine Probe ankommen. Es giebt ja auch heute noch sehr viele männliche Arbeiter, die nicht so vernünftig sind, uns zu wählen. (Heiterkeit.) Daher agitieren wir eben, und sehen ja auch erfreulicher Weise, daß die Zahl der Sozialdemokraten unter den Arbeitern von Jahr zu Jahr wächst. Sollte es sich aber z. B. um den Zolltarif bei einer Wahl unter Beteiligung der Frauen handeln, dann bin ich allerdings überzeugt, daß Sie (nach rechts) recht wenig auf die Unterstützung der Frauen bei einem solchen Wahlkampfe rechnen könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderung meines Freundes Auer vom Mainzer Parteitag, die Herr v. Heyl anführte, war nicht scherzhaft gemeint; der Sache nach hat Auer selbst auf das Schlagendste nachgewiesen, wie notwendig die Zulassung der Frauen zum politischen Leben ist. Wenn Herr v. Heyl die Frauen nur zu solchen politischen Vereinen zulassen will, die besondere berufliche oder Staatsinteressen vertreten, so bedeutet er nicht, wie ganz unendlich es heute bereits ist, die Grenze zu ziehen zwischen dem Gebiet der Sozialpolitik und dem der reinen Politik. Wenn z. B. in einer Versammlung betont wird, daß die Frauen, weil sie als Arbeiterinnen an allen Fragen des Arbeiterdaseins usw. aufs lebhafteste interessiert sind, deswegen auch das allgemeine Wahlrecht für sich verlangen müssen, soll das plötzlich der überwachende Beamte einschreiten und sagen: Das geht nicht, das gehört nicht zur Sache! Bereits 1895 kamen auf 100 beschäftigte Männer 42 erwerbstätige Frauen. Da ist eine solche Scheidung gar nicht mehr möglich. Wenn einmal auf diesen Gebiete vorgegangen wird, muß es gründlich geschehen. Wie nötig das ist, hat ja erst kürzlich wieder die Auflösung des Sozialwissenschaftlichen Studentenvereins durch Herrn Refus v. Steadonig bewiesen. Macht sich dieser Herr nicht geradezu lächerlich vor der ganzen Welt, wenn er diesen Verein auflöst, weil eine Frau in ihm einen Vortrag halten sollte, in dem Augenblick, in dem 4-500 Frauen an derselben Unterbühne Kollegen besuchen. Ich verstehe nicht, wie der Herr Professor seiner eignen Frau und seinen Töchtern gegenüber seinen Standpunkt vertreten kann. Die werden ihm schon die Hölle beschreiben. (Heiterkeit.)

Koch viel schlimmer ist aber, was vor kurzem das preussische Ober-Verwaltungsgericht verfügt hat. Ein politischer Verein in einem Vorort von Berlin wollte ein Ballfest veranstalten, bei dem keine Feste und keine Deklamation gehalten werden sollten. Trotzdem wurde ihm die Abhaltung dieses Ballfestes verboten, weil Frauen an demselben teilnehmen würden. Es kann doch wirklich kein Mensch verlangen, daß die Männer jetzt Männerbälle abhalten sollen. (Heiterkeit.) Der Verein wurde aber in allen Instanzen auf seine Beschwerde abgewiesen und das Ober-Verwaltungsgericht entschied zuletzt, der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes sei nicht bloß in dem Sinne auszulegen, daß Frauen von Versammlungen politischer Vereine, in denen politische Erörterungen stattfinden, ferngehalten seien, sondern sie dürften auch nicht dadurch, daß sie zur Verschönerung und Verherrlichung von Festen solcher Vereine beitragen, denselben neue Anhänger gewinnen. Gegenüber solchen Entscheidungen kommt ja sogar die Polizei in die schwersten Gewissenskonflikte. Sie ist ja gar nicht in der Lage, in allen solchen Fällen einzuschreiten. In Sachen dürfen die Frauen übrigens ungehindert an politischen Vereinen teilnehmen, da ist es eine Schande, daß in andern deutschen Bundesstaaten noch so rückständige Anschauungen herrschen.

Präsident Graf Balkeström: Herr Abgeordneter, ich muß Sie doch ersuchen, andre Ausdrücke zu wählen, wenn Sie von Staaten des Deutschen Reiches sprechen. Von Schande dürfen Sie da nicht reden.

Abg. Bebel (fortfahrend): Der Abg. Heyl hat sich dann über das Koalitionsrecht geäußert und gemeint, daß die Arbeitgeber da nicht so rücksichtslos auftreten, wie die Arbeiter gegen die Arbeiter selbst. Dabei hat er auf die Angelegenheit der Hamburger Accordmaurer hingewiesen. Die Frage ob Accordarbeit oder Tagelohnarbeit ist uns keine Prinzipienfrage sondern eine taktische Frage. Der Lübecker Parteitag hat deshalb auch dem Antrag der Hamburger Maurer auf Aufschlag der Accordmaurer nicht stattgegeben, sondern sie vor das lokale Forum gewiesen, das allerdings zu Ungunsten der Accordmaurer entschieden hat. Sie sind für nicht würdig erklärt worden, der dortigen sozialdemokratischen Organisation anzugehören. Darin liegt doch der Gedanke, daß die sozialdemokratische Organisation hochgehalten werden müsse. Wenn die Arbeitgeber aber Arbeiter maßregeln, dann thun sie es, weil sie die sozialdemokratische Organisation hassen und ihr feindlich gegenüberstehen. Das ist doch ein kolossaler Unterschied, der einem so eifrigen Kämpfer der sozialdemokratischen Literatur, wie Herr Heyl es ist, auffallen sollte. Herr Heyl ist sogar Abkomme des „Vorwärts“, was ihm nachahmen ich übrigens den gesamten Herren hier warm empfehlen möchte. (Große Heiterkeit.) Er wird also darans wissen, daß in der Zeit des Sozialengesetzes und besonders unmittelbar nach den Antantzen Hunderttausende von Arbeitern von ihren Arbeitgebern und auch in den Staatsverhältnissen gezwungen wurden, einen Kevver zu unterschreiben, in dem sie erklären mußten, sie seien keine Sozialdemokraten. Wir haben damals geraten: Unterschreibt lieber, als daß ihr eure Stellen verliert; gewinnt euch die Gegend zur Hölle, so fällt die Verantwortung dafür auf sie und nicht auf euch! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und noch jetzt wird in keiner Militär-, Marine- oder staatlichen Eisenbahnwerkstatt ein Sozialdemokrat oder ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter

In dem großen Diebstahl- und Schlerprozeß Fuhrmann und Genossen... In dem großen Diebstahl- und Schlerprozeß Fuhrmann und Genossen...

Wie man schmiert. Ein für Baukreise interessanter Prozeß fand gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Bramm statt...

eingestellt. Es wird sogar behauptet, und mein Parteigenosse Hoch hat es hier wiederholt, ohne daß Herr v. Hehl wider...

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das reichsstatistische Amt ist beantragt worden, Erhebungen über die Verhältnisse innerhalb der Zimmungen anzustellen...

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Lage in China. — Jolltarif und Auswanderung.

Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte am Donnerstag die Neu- oder Mehrforderungen für die Konsulate in Hankau, Managua (Nicaragua), Tschang, Nanking und Tientsin...

Die Forderung eines Zuschusses von 30 000 M. für die Schaffung einer Auskunftsstelle für Auswanderer giebt dem Referenten Abgeordneten Prinz Arenberg (C.) Anlaß...

Korreferent Abg. Dr. Haffe (natl.) wünscht den Reichszuschuß ohne Reichsaufsicht für die Auskunftsstelle. — Staatssekretär Freiherr v. Richthofen betont, daß die Reichsaufsicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden solle...

Abg. Frese (fr. Bg.) erachtet es als bedenklich, durch eine Auskunftsstelle in den Wettbewerb der an der Auswanderung beteiligten privaten Unternehmungen einzugreifen...

Staatssekretär v. Richthofen: Das Anwachsen der Auswanderung sei durch die wirtschaftliche Depression bedingt.

Abg. Webel (Soc.): Es sei begreiflich, daß die Zahl der Auswanderer bei der gegenwärtigen Krise sich steigern werde...

Nach weiteren Ausführungen des Staatssekretärs v. Richthofen werden die Verhandlungen vertagt. Nächste Sitzung Freitag. Auswärtiges Amt.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags stellte in ihrer Sitzung am Donnerstag den Bericht über die Wahl des Abg. Prieze (natl., 6. Kreis) fest...

eingestellt. Es wird sogar behauptet, und mein Parteigenosse Hoch hat es hier wiederholt, ohne daß Herr v. Hehl wider...

Nun möchte ich mich noch ein wenig mit der Rede des Herrn v. Massow beschäftigen. (Heiterkeit.) Er hat sich ja mit meinem Freunde Singer und mit meiner Person sehr lebhaft beschäftigt...

Sie können das gar nicht bestreiten. Wenn Herr v. Massow im Gegenzug zu den laudlichen Wohnungen auf die Wohnungen in den Großstädten hinweist, so gebe ich ihm vollkommen zu...

Herr v. Massow meinte weiter, weit mehr als wir könnten seine Freunde sich als Arbeiterpartei bezeichnen. Er sagte hierzu: „Wenn Sie brauchen wie die Hausmädchen auftreten, so mag das sein, das sind Arbeitermädchen.“...

Nach einer kurzen Bemerkung gegenüber dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Fischer, der vor einigen Tagen hier erschienen ist, wird betrautet die Gewerbe-Inspektoren als unsere Feinde. Dafür ist er den Beweis vollkommen schuldig geblieben...

Gegenüber den Ausführungen des Abg. Jacobshöffer zum Annunziationsgesetz möchte ich betonen, daß sich eine strenge Scheidung zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieben kaum durchführen lassen wird...

der Angeklagte auch thun, aber irgend einen Entgelt durfte er dafür nicht nehmen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 3 Monate Gefängnis, ihm auf 8 Jahre die Fähigkeit abzusprechen, ein öffentliches Amt zu bekleiden und Einziehung der durch die Befreiung gewonnenen Geldbeträge. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jovers, suchte nachzuweisen, daß der Angeklagte auf Grund eines von dem früheren Minister v. Wobach erlassenen Bescheides des Glaubens sein konnte, daß er nicht Beamter sei. Dretz der Gerichtshof dieser Ansicht bei, so müßte ein freisprechendes Urteil erfolgen, trotzdem das Verhalten des Angeklagten verwerflich sei.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis. Es sei von einer Geldstrafe Abstand genommen worden, weil der Angeklagte durch seine Handlungsweise die ganze Kategorie der Baubeamten bedächtigt und in Mißkredit gebracht habe.

Rettung des Christentums. Wegen Beschimpfung der christlichen Kirche und Verbreitung einer unächtigen Schrift stand gestern der Redakteur Martin Hildebrandt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Unter Anklage gestellt waren zwei Artikel in Nr. 2 der von dem Angeklagten redigierten periodischen Druckschrift „Der Heide“. Der eine Artikel unter der Ueberschrift „Sind wir irreligiös?“ machte Betrachtungen über den Einfluß des Christentums auf unser gesamtes Leben, die von der Anklagebehörde als Verstoß gegen § 166 aufgefaßt wurden, während in dem Artikel „Jüdische und himmlische Liebe“ eine Beilegung des § 184 erdichtet wurde. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit

statt. Der Angeklagte hatte unter anderem den Antrag gestellt, den Professor Dr. Harnack als Sachverständigen darüber zu hören, daß „Christentum“ und „christliche Kirche“ nicht identisch seien. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate, der Gerichtshof erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Dreizehnde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

S. B. 13. Die erste Berliner Volksküche ist unfred Wissens 1886 im Hause Kochstraße 74 eröffnet worden.

W. M. G. Carl Kienader, Kolporteur, Guben. Straße und Nummer und nicht bekannt. Dürfte aber genügen. **Weiende 1000.** 57 000 Exemplare.

S. 100. Wir kennen die Fabrik nicht, welche die Adler-Spielzeuge herstellt.

M. B. Die Schlesiische Stiftung für blinde Bedürftige Wöchnerinnen ist der Armenverwaltung unterstellt. Wenden Sie sich an die Armenverwaltung, Am Mühlendamm 1.

G. S. Die Kette nach New York stellt sich im Zwischenland auf etwa 150 R. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten können wir im engen Rahmen des Briefkastens keine Auskunft geben.

Cornelius. Wie Sie sehen, haben wir Ihre Mitteilungen gern benötigt. Besten Dank!

M. Weich. Wenn der Beklagte im amtgerichtlichen Termin weder erscheint, noch sich vertreten läßt, so muß auf Antrag des Klägers gegen ihn Verfallurteil ergehen. Das Verfallurteil ist vollstreckbar. Gegen dasselbe kann der Beklagte zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder schrift-

lich innerhalb 14 Tagen Einspruch einlegen. Ein Beispiel für einen solchen finden Sie im Arbeiterrecht S. 437 Nr. 77. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **S. 100.** 1. Ja. 2. Ein vor 100 Jahren veröffentlichtes Testament ist unter keinen Umständen heute noch anfechtbar. Die Aufschlagsfrist beträgt 1 Jahr. — **Brannenfr. 85.** Das wäre keineswegs eine Unterabteilung. — **M. Schmidt.** Sie haben das Recht, auf Herausgabe der Papiere und vollen Schadenersatz (beim Amtsgericht) zu klagen. Sie thun gut, sich den Nachweis zu sichern, daß Sie wegen mangelnder Papiere keine Stellung erhalten haben. — **M. G.** Sie adressieren an den Registrator, Generalbureau Rathaus, oder erkundigen sich mündlich im Generalbureau bei dem Bureau-Direktor. — **S. 31.** 1. Kein. 2. Ja 10 Jahren. — **100 R. R. 1. Ja;** sonst. Ueße sich nur Beschwerde einlegen. 2. Nicht. 3. Nein. 4. Nein. — **Krieger.** Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, ob der Arbeiter von der Wasserleitungs-Gesellschaft beschäftigt war oder nicht. War erheres der Fall, so ist Unfallrente nicht in Arbeit bei der Wasserleitungs-Gesellschaft, so steht ihm ein Anspruch auf vollen Schadenersatz gegen die Gesellschaft zu, weil diese auf öffentlichen Wegen oder an Orten, an welchen Menschen verkehren, Gräben oder Abhänge dergestalt unverdeckt ließ, daß daraus Gefahr für andere entstehen konnte. (§ 367 R. 12 Strafrechtsbuch). Dieser Anspruch ist durch Klage gegen die Gesellschaft beim Landgericht geltend zu machen. — **M. S. 59.** 1. Leider: eine höhere Instanz gibt es nicht. Sie thäten Unrecht, daß Sie nicht sofort sich an einen Sachverständigen wendeten, vielmehr bis nach rechtskräftigem Urteil warteten. 2 und 3. Ansprüche gegen die Firma oder gegen die Berufsgenossenschaft oder gegen die Inanspruchnahme-Anstalt sind jetzt völlig auschließend. — **G. H.** Ihre Frage ist ohne genauere Darlegung des Sachverhalts nicht zu beantworten. In der allgemein gehaltenen Form wäre für Sie verneinend. — **M. D.** Wenden Sie sich direkt an die Volkshilfe. — **J. S. 43.** 1. Gewerkschaftliche Vertreter können juristisch werden. 2. Das Urteil kann aufgehoben und zugleich vollstreckt werden.

Nur den Inhalt der Zusätze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 31. Januar.
Opernhaus. 7. Sinfonie. Abend der königlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittags 12 Uhr: Deffentliche Hauptprobe.
Schauspielhaus. Miß Hobbs. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Sänger. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Berlioz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Engen Onégia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Dessen Vistencondes Bunttes Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Bunte Theater (Vedardrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Lieber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Carl Weich. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsbühliches. Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Felle-Alliance. Die Dame aus Traviville. Picauf; Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crepens. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Brett. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. ne keine Nummer. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Follage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtgauer. Anf. 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theater) Anfang 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Jubiläumstraße 57/62. Um 8 Uhr: Die Welt der Fixsterne.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Um 8 Uhr:
Die Welt der Fixsterne.
Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer
Phänomenale Muskulatur!

Passage-Theater.
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11.
Damen-Luftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
Neu! Der Gesangs-Humorist in seinen Zwerchfell erschütternden Bauerstypen.
Neu! Schindler, der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.
Michel Mayer, der stärkste Mann der Welt, zahlt 1000 Mk. dem, der seine Hanteln nachhebt.
16 erstkl. Nummern.

Casino-Theater.
Lothringergstr. 37.
Heute Freitag zum letztenmal das sensationelle Januar-Programm mit seinen Glanznummern zum letztenmal „Weihnachten“ Morgen u. folg. Tage: Ganz neues Programm. Gastspiel des Directors Wilhelm Bidster.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Mutterferien.

Quer durch Paris.
Vorher: Die großartigen Januar-Specialitäten. U. a. höchst interessant, spannend: Entscheidungsschluss-Rennen der Original-Bicycle-Truppe. Heutiger Stand: Amerika 74 · England 72 · Die neuesten Original-Dressuren des Dir. Alb. Schumann, Ferner Auftreten sämtlicher Glanz- und Auguste mit ihren neuesten urfomlichen Entrees und Intermezios.
Sonnabend: XVIII. Grands Soirés High-Life. Gala-Programm und neue emotionelle Debüts.
S o n n a t a g : 2 große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen die neuen Specialitäten. Radum. 1 Kind frei.

Indische Menagerie
im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)
Lothringergstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Centre: I. Platz 1 R., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Central-Theater.
Heute Freitagabend 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. — Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. — Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Der Seeladett. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Montag, 3. Febr.: Gastspiel Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauschen überall gestattet.
Sonnabend, 1. Februar:
3. Metropol-Theater-Ball.

Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Heute und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:
Seine Kleine.
Große Berliner Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm u. G. Guido Thielicher, Helmerding, Junfermann, Paul Müller, Gerda Balde, Boja, Bannobius, Junter-Schwag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Traviville.
Schwant u. Gefang u. Tanz i. 3 Akten. Emil Soudeurmann, Ferd. Worms, Missi Girard, Rosa Morton.
Operant: Cr. Pariser Lebensbild.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr, kleine Preise: Anne-Liese.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Apollo-Theater.
Nur noch bis Sonntag:
König Aqua
und die vorzüglich. Specialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 3. Februar 1902:
Erstes Ensemble-Gastspiel des Central-Theaters mit Mia Werber in
Das süße Mädel.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Neu! Die Zillerthaler.
Neu! Die Volksschützen.
Nach jeder Vorst. TANZ.
Centre 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr, Centre 30 u. 50 Pf. Wochent. Vereinsabiletts gültig und Tanz frei.

E. von Wolzogens
Bunte Theater (Vedardrett) Köpnickstr. 68.
Freitag, den 31. Januar 1902:
Lina Abarbanell, Bozema Bradsky u. Oskar Strauss. U. a.: Nora-Parodie. Die beiden Pierrots. Brahms'sche Duette.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast) Burggr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Freitag, den 31. Januar:
Sommerfeld-Benefiz-Vorstellung.
Gastspiel bedeutender Kunst-Specialitäten.
Gewähltes Programm.
Um 9 Uhr: Wiederankommen des Directors Wilhelm Fröbel in der Ausstattungss-Operette Die süßen Mädel.
Nach der Vorstellung: Benefiz-Freitag.
Anfang 8 Uhr. Centre 50 Pf.

Cirkus Busch
Freitag, 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Or. Vorstellung. Klondike. Orig.-Pantomime des Cirkus Busch. Die räthelhafte Comtesse X.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt-Vergnügungsalokal Berlins
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Oekonom: Gustav Prellipfer.

W. Noacks Theater.
Wannenseestraße 16.
Die Haubenlerche.
Schauspiel in 4 Akten v. Wildenbruch.
Sonnabend keine Vorstellung.

Charivari-Brett'l
Alte Jakobstr. 37.
Pepi Weiss
Helena Dyas
Stella Ruth
Albert Kühne
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Apollo-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 49.
Jeden Sonntag und Montag
Große Theater-Vorstellung.
Großer Saal und Garten an Vereinsfestlichkeiten zu vergeben.
32712* Ph. Thomas.

Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 4 fach, sämtliche neue Facons in allen Weiten Stück 15 Pf., Barzart zeitlich Geschlossene Kragen per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manchetten, prima, garantiert 4 fach, 1/2 Dubend 2,25 Mark, Oberhemden, Serviettens, Kravatien in größter Auswahl. Trikotasen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-Preisen. 122402*
Ernst Marcuse, Wänzstr. 23.

Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“
(Mitgl. d. A. S. V.)
Am Sonnabend, den 1. Februar 1902:
Großer Wiener Masken-Ball
in Kilems Festsälen, Hasenheide 13.
— Jede Dama erhält ein Präsent. —
Billet 50 Pfennig. (65,2*) Anfang 8 1/2 Uhr.
Sierzu ladet freundlich ein Das Komitee.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige Direction: Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Schmöckwitz.
Restaurant „Seddin-See“
empfehlst kein schön gelegenes Lokal zu Dampferpartien, Anderen und Radfahrern. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Zäle, Kegelbahnen, Zeltbühne, Würfelbude etc. — Stelle die billigsten Dampfer. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Freundlich ladet ein (32792*) Der Wirt.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1,50 M. Reparatur, sofort. Umarbeit schlechtsitz. Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645
empfehlst für 1,50 frei Dms

18 Fl. 4/10 Lagerbier (31412*)
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
15 Fl. 00 Weissbier
20 Fl. Doppel-Weissbier.
Freigebracht auf allen Weltausstellungen Gegen

Nicht
Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang
ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Baraufstörung —
Monahaupt Citronensaftkur
mit naturhöchsten milden Citronensaft von reifen Citronen als „Citromou“ gesch.
Berlin und alchete Verarbs sende 1 Flasche „Citromou“, d. i. Saft von 20 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilod. d. i. Saft von 60 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Auswärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankschreiben vieler Geheilten.
Täglich frische Pressung.
F. Monahaupt, Berlin P. Schönhauser Allee 177.
Fabrik sanitärer Specialitäten, Sonst nirgends weiter.
Telephon: Amt III. No. 98.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
Gustav Polzig, Berlin, Pringens-Heide 46, verbindet gegen Rodungsmittel seine Bettfedern d. Pl. 25 Pf., dinstliche Bettfedern d. Pl. 15 Pf., bessere Bettfedern d. Pl. 20 Pf., vorzügliche Downen d. Pl. 25 Pf., — Son. hierin Damaen gewogen 2 bis 4 Pfund zum großen Credit. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Bitte Antragsbogen.

Galerie 20 Pf. berühmter Frauen
in glanzlosen Festen.
Gelt 1 bis 3 dars jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes 5. Postamt. (2135)

III. Wahlkreis.

Volks-Versammlung

am Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, gr. Saal.

1. Vortrag der Genossin Clara Zetkin (Stuttgart) über: „Weib und Arbeiterin im Lichte der Socialdemokratie.“ 2. Diskussion.

Regelmäßige Teilnahme der Genossinnen und Genossen erwartet. Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer No. 15.

Vortrag des Genossen Kreplin über: „Das Drama.“

Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Drechsler.

Sonntag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Branchen-Kommission.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung.

Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.

Folge der Arbeitslosenfrage am 2. Februar findet die Monatsversammlung am Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, statt.

**Grösste Heizkraft
Geringster Aschengehalt
Kein Schlaeken-Rückstand!**

sind die von altersher bewährten Vorzüge



MARIE
HENCKEL'S WERKE

Daher stellen sich diese echt Senftenberger

Henckels Brikets

thatsächlich im Gebrauch viel billiger
als andere durch Reklams angepreisene Marken.

Alleiniger cagnos Vertrieber der Henckels-Brikets durch
Dahlmann & Co.,
Berlin NW., Holsteiner Ufer No. 8.
Zu beziehen durch alle renommierten Kohlenhandlungen.

Dähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 R. Stompen 1,50 R. Teilzahl möglich. 1. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Epr. 9-7.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Am Sonntag, den 2. Februar, morgens 8 Uhr, gehen alle Gewerkschaftsmitglieder, welche am 26. Januar Karten ausgetragen haben, in die Bezirkslokale. Alle diejenigen, welche nicht zum Verteilen gekommen sind, treffen sich von neuem in den untenstehenden Sammellokalen. Gemäß des Beschlusses der vereinigten Gewerkschaften haben sich 10 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder zur Verfügung zu stellen.

6000 Mitglieder sind am 26. Januar ihrer Pflicht nachgekommen; es hat sich trotzdem herausgestellt, daß während in der Peripherie Berlins die Hilfskräfte keine Verwendung finden konnten, im Herzen der Stadt nicht genügend Leute waren. Um die Arbeit zu einer Leichten zu gestalten, ersuchen wir alle Gewerkschaftsmitglieder, welche sich am 26. Januar nicht an der Arbeit beteiligt haben, dieses am 2. Februar zu thun.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle die Mitglieder, welche am 26. Januar mitgearbeitet haben, dagegen am 2. Februar nicht erscheinen, in der Kontrollliste als nicht mitgearbeitet aufgeführt werden.

Die Mitglieder, welche am 26. Januar keine Verwendung fanden und sich am 2. Februar zur Mitarbeit einfinden, werden als anwesend verzeichnet. Das letztere gilt auch für Mitglieder, welche sich am 2. Februar neu melden.

Alle Zähler sind angewiesen, in jedem Haushalt, wo eine Karte nicht abgegeben worden ist, Nachfrage über Arbeitslosigkeit oder Erwerbsbeschränkung zu halten und dieses auf der Erjagkarte zu notieren.

Alle Karten sind an die Bezirksführer abzugeben.

Das Centralbureau ist das Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15.

Die noch weiteren notwendigen Hilfskräfte hat sich jeder Bezirksführer aus den ihm zunächst liegenden Sammellokalen zu beschaffen, deren Telefonnummern unten angegeben sind. Die Leiter der Sammellokale haben sich mit der Centralleitung in Verbindung zu setzen, deren Telefonnummern für den Süden und Süd-Osten Amt 7, 3733, für den Osten 7, 3258, für den Norden 7, 353 sind.

Arminhallen, Kommandantenstr. 20, I 3504. **Sabels Brauerei,** Bergmannstr. 6a, 10, 128.

Rehoff, Wasserthorstr. 68. **Ewald,** Schönleinstr. 6. **Hilfskräfte bei Brüdern,** Baldemarstr. 75, 4, 1191. **Königshof,** Bülowstr. 37, 6, 241. **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15, Saal I, 7, 3733. **Hilfskräfte für III. und IV. Kreis Süd-Ost. Königshaus,** Frankfurterstr. 117, 7a, 8142. **Zechert,** Andreasstr. 21, 7, 5323. **Keller,** Koppenstr. 29, 7, 554. **Glycium,** Landsberger Allee 40. **Hilfskräfte für den IV. Kreis Osten. Bauer,** Rosenfelderstr. 57, 3, 1296. **Feind,** Weinstraße 11, 7, 8054. **Hilfskräfte für den V. Kreis. (Schweizer Garten fällt hinweg).**

Fischer, Waldstr. 8, 2, 660. **Peters,** Alt-Roabit 80/81, 2, 3420. **Schüler-Brauerei,** Turmstr. 24, 2, 183. **Norddeutsche Brauerei,** Chausseestraße 58, 3, 2623. **Cösliner Hof,** Cöslinerstraße 8. **Brinkmann,** Prinzen-Allee 21. **Zwinemünder Gesellschaftshaus,** Zwinemünderstr. 42, 3, 583. **Dieke,** Ackerstraße 123, 3, 5114. **Nümann,** Brunnstr. 188, 3, 6325. **Vernau,** Schmiedestr. 23/24, 3, 586. **Hilfskräfte für den VI. Kreis.**

Charlottenburg. **Leder,** Bismarckstr. 74. **Schöneberg.** **Obst,** Weiningerstraße 8. **Wilmerdorf.** **Witte,** Berlinerstraße 40. **Steglich,** Schellhase, Hornstr. 13a. **Tempelhof.** **Müller,** Berlinerstr. 41. **Ripdorf,** Thomas (Apollo-Theater), Hermannstr. 48. **Baumfahnenweg.** **Staffeld,** Baumfahnenstr. 84. **Rummelsburg.** **Beutling,** Goethe- u. Kantstrafen-Ecke. **Richtenberg.** **Ritterbusch,** Friedrich Karlstraße 11; **Vastian,** Hagen- und Sudbrunnenstrafen-Ecke. **Friedrichsfelde.** **Vosse,** Luisenstr. 20. **Weißensee.** **Schumann,** Lehderstraße 118. **Pankow.** **Hoffmann,** Mühlenstraße 25. **Reinickendorf-Ost.** **Putzner,** Provinzstraße 47. **Reinickendorf-West.** **Engel,** Eichbornstr. 73.

Radsfahrer-Hilfskräfte sind im Gewerkschaftshaus und in den Lokalen, welche keine Telefonverbindung haben.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - **SO.:** Paul Böhm, Vaußgarnweg 14/15 (Baden). - **Sechster Wahlkreis (Noabit):** Karl Anders, Salzweidenstraße 8, im Laden. - **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stöckenburg, Wilmstraße 41/42. - **Gesundbrunnen:** Hermann Rasche, Grunthalstr. 65. - **Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:** Karl Wars, Rappenhallen 95/96. - **Charlottenburg:** Gustav Schwarberg, Schenkenstraße 1, Ecke Goethestraße, v. l. - **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Videl, Wilmstraße 108, part. - **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - **Grünau:** Gustav Wiers, Nöldenstraße 111. - **Rixdorf:** Hermann Orstha 6. - **Schöneberg:** Wilh. Baumler, Apostel Poststraße 13, Quergeb. 100p. - **Ober-Schöneberg:** Otto Jahn, Wilhelmshofstr. 18. - **Nieder-Schöneberg:** Karl Weber, Cigarrenstraße 18. - **Johannisthal:** Paul Mann, Friedrichstraße 39, I. - **Adlershof:** Gustav Dike, Dudenstraße 8. - **Köpenick:** Friedrich Reich, Grunthalstr. 29. - **Friedenau-Steglitz:** G. Bernlee, Kirchstr. 15 in Friedenau. **Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:** G. Wöhe, Dippelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 13a. - **Baumfahnenweg:** Stof, Grunthalstr. 2, II. - **Neu-Weißensee:** Heinrich Bachmann, Lehderstraße 1, part. links. - **Rummelsburg:** Georg Best, Prinz Albersstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden!

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** - Wegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gänsekräuter.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (29 H.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-Apothek, Barnimstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 31391*

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit“ Filiale Berlin.

Sonntag, den 2. Februar 1902, nachmittags 2 Uhr, bei Feind u. Weinst. II.

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes in Zusammenhang mit den Angelegenheiten.

Der Vorstand.

Achtung! Herren-Vortrag

Freitag, 4. Febr. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Zionskirche, Rosenthalerstr. 4a. Dr. Simmel, Naturheilföhrer, Gr. Frankfurterstr. 87, spricht über die Quacksilber-Behandlung im Lichte der Selbstheilung. Diskussion. 2548. Eintritt frei.

Dr. Simmel, Priesenstr. 59.

Spezialarzt für Haut- und Halsleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler

Gustav Sanger

am 24. Januar verstorben ist.

Die Beerdigung am Freitag, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reu-Weissenfer Kirchhofs aus hat. (78/8 Um rege Beteiligung ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder

Adolf Tänzer

am 27. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Waisen-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Riese

im Alter von 21 Jahren verstorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

110/20 **Deutscher Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. Verwaltung Berlin A.

Mitglieder-Versammlung

Montag, den 3. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Lokal von Wolffschläger, Knaulstr. 21.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Bericht der Kommissionsmitglieder über die Stellungnahme der Kasse zur Kasse. 3. Verschiedenes in Zusammenhang mit den Angelegenheiten.

Inbesondere werden die Mitglieder der Frauen-Sterbekasse Nr. 26 ein- geladen. Um rege Besuch bitten!

Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u.

Ortsverwaltung Berlin B.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 2. Februar er., vormittags 9 1/2 Uhr, im „Richtigen Hof“, Admiralsstr. 18c.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Die Kassefrage. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung

der Kranken- u. Begräbnis-kasse der Seifenfieder und Berufsgenossen

G. O. Nr. 17 zu Berlin am Sonntag, 9. Februar 1902, vorm. 9 1/2 Uhr, im Restaurant Wollschläger, Knaulstr. 21.

Tages-Ordnung: Jahresbericht. - Vorstandswahl. - Verschiedenes. - Quittungsbuch legitimiert.

Der 5. Nachruf gelangt zur Ausgabe. Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

F. H. I. Karl Geisler, Kassierer, Köpenickerstr. 123, S. II.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutscher. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, flottgehend, kronhell- halber Juwelierspreis sofort veräußert. Potsdamerstr. 8. 7/5
Mittels Materialwaren-Geschäft, Stoffe, verkauft Urbanstraße 33. 2126*
Wandmalerei-Große Frankfurter- str. 9, partierre. 447*
Vorläufige elegante Herren-Winter- peloteils und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag, Montag und Sonntag. Verkauf Germania, Unter den Linden 21, II.
Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Hemdenträger, Regulatoren (postbillig) Lehmann, Rosen- str. 6. Teilzahlungen gestattet. 67*
Wandmalerei mit auswendig-lebenden Notizen, getragene Teilzahlungen. S. Ruzberg, Landbergerstraße 13.
Vorläufige elegante Herrenkleider aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkauf Germania, Unter den Linden 21, II. 9748*
Kanarienvogel und Weibchen verkauft Prinzessinnenstraße 12, III.
Kanarienvogel, Vorläufer, Kanari- sohl und Ringelrober. Köpenicker- str. 154a, IV. 2276

Nähmaschinen, preiswerteste Be- zugsanleihe, ohne Anzahlung. Woche 1,00. Lieferung nach allen Stadtteilen. Is- torff, Fendbergstraße 82, Köpenicker- str. 60/61. 498*
Weißes Herrenkleid, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Aufschnitt, Comptoir, Rosenthalerstr. 25A, früher Sarm- straße 4 und 5. Sonntags ge- öffnet. 19852*
Teppiche! (leiderlos) in allen Größen für die Halle des Bertels im Teppichlager Berlin, Hofsches Markt 1, Bahnhofs Böde. 1117*
Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlun- gen. Ruzberg, Landbergerstraße 13. 7*
Planine, Schwedisch, wenig ge- braucht, sofort billig veräußert. Ritterstraße 120, I beim Wirt. 5/20*
Teppiche mit hervorragenden Farben. Niederlage Große Frankfurter- str. 9, partierre. 437*
Brennholz vom Abdruck sowie sämtliche Baumaterialien, Charlotten- burg, Wilmstraße 89, Platz. 699
Steppdecken billigt Radik große Frankfurterstraße 9, partierre. 437*
Outgebruders Schaufelgeschäft ist ander Unternehmung wegen veräu- ert zu verkaufen. Zu erkragen. Dönhofsstraße 89. Brauerei-Rieder- luge, Freienswalder Beyum. 470*

Cigarngeschäft, gangbares, Riete 650 Markt mit Wohnung, sofort zu verkaufen Charlottenburg, Pots- damerstraße 4. 7144*
Fahrrad verkauft dringend Käufer, Schönhauser Allee 177a. 112/14.
Vapagat-Anschluß, Kanarienvogel 5 Mark an, Kollernweiden, Gedächtnis 1,50. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 2436*
Fahrrad, gut erhalten, 45 Mark, verkauft Schneider, Rheinberger- str. 11 I. 2518*
Nußbaum-Wirtschaft, 1 Jahr ge- braucht, beheizt aus Kiefernholz, Veritto, Spiegel, Beistellen, Tisch, Stühlen, Spiegel, ein einzeln, Mariannen- str. 18, Hof III, Tischler. 2476
Fahrräder, veräußert, gebraucht und ungebraucht, postbillige Winter- preis. Verkaufsbüro, Engelstraße 10/11. 2445
Wett, prachtvolles, 17,00. Riese, Köpenickerstraße 28. 2445

Rechtsbureau „Belen“, Pots- damerstraße 26b, telefonisch. Schrift- sätze! 248*
Kostenfreie ärztliche Behand- lung, Zahnziehen. Zahnärztliche Volk- stunde, Chausseestraße 1a. 9909*
Waisen-Berlin, Institut Her- mannstraße, Berlin W., Dönhofs- straße 1, vorn partierre. 21509
Kunsttopferer von Frau Rosody, Steinwegstraße 48, Duergebäude hoch- partierre. 21509
Der Stoff hat? Fertige Herren- anzüge mit Futterstoffen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frank- furterstraße 59, III. 1890
Bistektion! Wer sich über diese radikale Gräueltat unter Zeit- ungen mit Hülfe des 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frank- furterstraße 59, III. 1890
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Ein- gaben, Klagen, Ausgaben, Deklamationen, Patente, Steuerver- sätze 65. 429*
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Ein- gaben, Klagen, Ausgaben, Deklamationen, Patente, Steuerver- sätze 65. 429*

Vermietungen.
Schlafstellen.
Schlafstelle, separat, Herrn, 7,50, Grünerweg 70, vorn III links. 2299*
Schlafstelle für Herrn zu ver- mieten. Kramer, Raunauerstr. 90, II.
Möblierte Schlafstelle Jerusalem- str. 34, Wilmert. 2559
Anständiger Herr findet freund- liche Schlafstelle. Ein, Raunauer- str. 64, vorn IV. 421
Fremdlich möblierte Schlafstelle Charlottenstraße 88, vorn 3 Treppen links. 2408
Schlafstelle bei Großmann, Seiten- Allee Reichbergerstraße 122. 421
Als Werksführer für Telephon- und Telegraphenfabrik in Wien wird energischer tüchtiger Redaktor, welcher mit Maschinenfabrikation, wie auch mit der Anwendung von Schmitt- und Stangen praktisch vertraut ist, gesucht. Offerte mit Angabe des Alters, bisheriger Verwendung und Lohn- ansprüchen sub „O. P. 29324“ an die Annoncen-Expedition M. Döcker Nachf., Wien 1/1, Wollzeile 6. 2489

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Tischlerer bietet um Arbeit. Entlohn werden zu den billigsten Preisen geschloßen werden. Adresse: Wilmstraße 27, II. Wäker.
Stellensangebote.
Tüchtiger Köchlein wird ver- langt. Meldungen bis zum 1. Februar unter A. Z. Postamt 31. 4106
Verkäufer für mittlere Maschinen- fabrik. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen zu richten an diese Zeitung unter F. 2. 2536
Tüchtige Farbmalermalerin ver- langt Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6.
Ramiello, Staud, Negenswarter, im Hause Mebes, Dönhofs- str. 36, III. 2248*

Partei-Nachrichten.

Als Reichstags-Kandidat für Elbing wurde gestern der dortige Vertrauensmann und Stadtverordnete Genosse König aufgestellt.

Eine Gedächtnisfeier. Am 28. d. M. waren es 16 Jahre, daß in Warschau vier Mitglieder des geheimen socialdemokratischen Klubs „Proletariat“, die Genossen Stanislaus Kunicki, Peter Bardowski, Michael Ossowski und Johann Vietrusinski den Tod durch den Galgen erlitten haben. Es sind das die ersten Opfer der unter dem zarischen Despotismus damals frisch aufblühenden Arbeiterbewegung in Polen. Der Tod dieser für die Freiheit des Proletariats gefallenen Märtyrer hat seitdem die besten Früchte getragen, und heute kann man in Russisch-Polen beinahe das ganze polnische Arbeitervolk zur Socialdemokratie zählen. — Die polnischen Parteigenossen Berlins halten das Andenken dieser Wagnisse im guten Gedächtnis und veranstalten auch in diesem Jahre eine Erinnerungsfeier, die Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstr. 20, vor sich geht.

Genosse Lunde in Königsberg hat die beim Bezirksauschuß eingereichte Klage gegen die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zum Stadtverordneten zurückgezogen. Im Einverständnis mit der Parteileitung hat er darauf verzichtet, durch Gerichtsbeschluß die freisinnige Stadtverordneten-Wahlrecht noch einmal wegen ihrer reaktionären Auslegung der Städteordnung zu brandmarken, um den ersten Bezirk nicht monatelang in der Stadtverordneten-Versammlung ohne seine ihm gesetzlich zustehende Vertretung zu lassen. Die Genossen wollen Lunde eine glänzende Wiederwahl und damit den freisinnigen die geführende Placage bereiten.

Ein Sozialiswiespaß oder Parlamentarier und Jurist. Der frühere nationalliberale Stadtverordnete, Baumunternehmer Philipp Forster in Offenbach hat sich durch ein socialdemokratisches Flugblatt aus Anlaß der letzten dortigen Stadtverordneten-Wahl beleidigt gefühlt und Privatklage gegen unsren Genossen Ulrich eingereicht. Das Gericht setzte in der Sache Termin auf den 31. Januar an und ordnete das persönliche Erscheinen unsres Genossen an. Im Interesse seiner verfassungsmäßigen Rechte als Abgeordneter des Reichstags und der zweiten heftigen Kammer legte Genosse Ulrich gegen dieses Verfahren Verwahrung ein und das Gericht setzte auf seine nachdrückliche Zurückweisung hin den anberaumten Termin ab. — Das Verhör dürfte auf der ganzen Sache ist aber folgendes: Der angeblich Beleidigte hatte seine Klage dem Rechtsanwalt v. Brentano übergeben. v. Brentano ist aber selbst Parlamentarier und muß ganz genau wissen, daß man so nicht gegen ein Mitglied des Reichstags und der zweiten Kammer vorgehen darf; nicht-deshalb weniger leitete er die Klage ein, ohne die Einwilligung der beteiligten parlamentarischen Körperschaften nachzufragen. — Was sagt der durch dieses Vorgehen doch ebenfalls in seinen Rechten gekränkte Parlamentarier v. Brentano zu der juristischen Qualifikation des Rechtsanwalts v. Brentano?

Aus Industrie und Handel.

Der internationale Schifffahrtsrat hat die Agrarier mobil gemacht, die in einer Verbilligung der Frucht eine schärfere Konkurrenz des amerikanischen Getreides besichtigen. Nach der Richtung zielt der Angriff des Herrn Noeide im Reichstag und die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt die Verstaatlichung der beiden großen Schifffahrtsgesellschaften, um nicht die deutsche Schifffahrt amerikanischen Einfluß zu überantworten. Die Handelspresse versucht dagegen die Angelegenheit möglichst harmlos hinzustellen, vor allen Dingen den Verdacht zu beseitigen, als ob die beiden Schifffahrtsgesellschaften sich den Amerikanern verkaufen könnten. Noch weiter gingen die „Hamburger Nachrichten“, die das Bekanntwerden der Pläne bedauern.

Wer die Entwicklung der Trustgründung verfolgt hat, weiß, daß Morgan einen Einfluß auf verschiedene Schifffahrts-Gesellschaften besitzt und erworben hat und schließlich die deutschen Gesellschaften auch nicht ganz davon frei geblieben sind. Trotzdem ist gar nicht anzunehmen, daß der Norddeutsche Lloyd und die Paketfabrik-Gesellschaft in ein Morgan-Syndikat angeht, weil es sicherlich Herrn Morgan vorläufig nur darum zu thun ist, die Interessenten zu einer Konvention zusammenzuführen, die bei zweckmäßiger Anordnung des Schiffmaterials Frachtmäßigkeiten zuzieht, denn billige Frachten ist für den amerikanischen Weltverkehr die Lösung. Die Ausführung des Planes wird den Gesellschaften eine gewisse Selbständigkeit lassen und Vorteile in Aussicht stellen, die eine größere Geneigtheit zum Abschluß solcher Verträge günstig beeinflussen. Die Geheimniskammer in solchen Dingen, wie sie von den „Hamburger Nachrichten“ empfohlen wird, kann nur zum Schaden sein, denn schließlich kommen bei solchen Verträgen auch andre Interessenten in Frage, als die Aktionäre und Direktoren der deutschen Schifffahrtsgesellschaften. Richtiger wäre es, wenn von beteiligter Seite längst eine klare und bestimmte Antwort gegeben wäre.

Zum Kapitel des Kohlenwunders erhält die „Frankfurter Zeitung“ eine Schilderung, die weit ist, mitgeteilt zu werden. In einem frankfurter benachbarten Städtchen war eine Kaufirma in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die noch einen Lieferungsvertrag mit einer auswärtigen Kohlen-Großhandlung über eine Restlieferung von 8802 Centnern laufen hatte. Man erhielt der Vertreter des Gläubigerausschusses von der Biercantin ein Schreiben, worin diese sich mit der Auflösung des Vertrages einverstanden erklärte, wenn ihr der entsprechende Gewinn sofort bar ausbezahlt würde. Sie stellte dabei folgende Berechnung auf: Es betrug der Verkaufspreis für je 200 Ctr. 220.— M. der Festwertspreis „ „ 200 „ 135,50 mithin der Verdienst für je 200 Ctr. 84,50 M. oder für die noch zu liefernden 8802 Centner 1606,35 M. Der Gewinn der Großhandlung an den Kohlen beträgt hiernach aber 60 Proz. Das ist im Großhandels bei einem Artikel, der sonst keiner besonderen technischen Aufwahrung oder Fürsorge bedarf, ein unerhört hoher Gewinn; und es fragt sich, wie weit das Kohlen-syndikat auch die Preisstreiterei im Großhandels beginnt.

Der Aufschwung im Textilgewerbe, über den gegenwärtig viel geschrieben wird, setzt sich an verschiedenen Elementen zusammen. In einigen Textilbezirken liegt nichts vor, als die regelmäßige Belebung um den Jahreswechsel, die selbst in den schlechtesten Jahren beobachtet wird. Ob eine solche dieses Jahr länger als 1901 andauert, bleibt abzuwarten. Im Webstoffgewerbe ist der Beschäftigungsgrad bis jetzt noch unbedeutend im Vergleich zur Zahl der vorhandenen Stühle. Aus Forst wird bereits ein Anhang in der Branche für Herrenstoffgewebe gemeldet. Davon unabhängig sind jedoch in andern Bezirken Verbesserungen zu beobachten, die unübersehbar eine Hebung bedeuten. Dies gilt namentlich von Sachsen. In der sächsischen Wirkwaren-Industrie ist der Beschäftigungsgrad augenblicklich hoch. Namentlich für Elbigen gehen aus dem Ausland große Orders ein. In den Betrieben von Blauen und Umgegend ist für sämtliche Maschinen augenblicklich Beschäftigung vorhanden. Auch in der Konfektion liegen reichliche Aufträge vor. In der Textilbranche hängt die bessere Beschäftigung mit der Erledigung der vorliegenden Herbstaufträge zusammen. Wenn sich diese Besserung vielfach nicht bemerkbar macht, so dürfte dies daran seinen Grund haben, daß die meisten Fabriken ziemlich beträchtliche Lager haben und aus diesen die Aufträge ausführen können.

Einschränkung der Celluloseproduktion. In Stockholm wurde dieser Tage in einer Versammlung der schwedischen Sektion

der „Scandinavischen Cellulose-Vereinigung“ über einen von deutscher Seite gemachten Vorschlag auf Einschränkung der Produktion verhandelt. Der Vorschlag, der in Berlin in einer Zusammenkunft von Vertretern der norwegischen, schwedischen, deutschen und österreichischen Holzmasse-Industrie ausgearbeitet worden ist, wurde mit lebhafter Sympathie begrüßt und fand, wie berichtet wird, im Prinzip dieselbe Zustimmung wie in den übrigen Ländern. Ein Komitee wurde beauftragt, die nötigen Erhebungen zu veranstalten und dafür zu sorgen, daß so bald wie möglich eine gemeinsame Sitzung der schwedischen und norwegischen Sektionen zu Stande kommt, um einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Neue Kartelle in der Schweiz. Die Eisenexporteure in den Kantonen Bern, Glarus, Schwyz und Graubünden haben sich zu einem Kartell vereinigt behufs Erschließung neuer Absatzgebiete und Erlangung billiger Eisenbahnfrachten, sowie — was nicht veröffentlicht wird, aber in der Natur des Kartells liegt — zur Erzielung hoher Preise. — Auch die Eierhändler, wobei es sich offenbar um Grossisten handelt, haben sich in einer Verlausgenossenschaft vereinigt, deren Zweck zweifellos Preisstreiterei ist.

Rückgang der Einnahmen der schweizerischen Eisenbahnen. Wie die Krise auf die Schweiz wirkt, zeigt die Thatsache, daß die schweizerischen Hauptbahnen im Jahre 1901 mit 113,5 Millionen Frank um 3,4 Millionen weniger Einnahmen hatten als 1900. Einzig die Jura-Simplonbahn hatte eine Mehreinnahme von 80 000 Fr.

Aus der Frauenbewegung.

Die politische Gleichberechtigung der Frau — eine Notwendigkeit lautete das Thema, über welches Klara Zetkin am Mittwoch in einer Vollerversammlung sprach, die seitens der socialdemokratischen Frauen einberufen war. Die Versammlung war von mehr als 1000 Personen besucht, besonders zahlreich waren die Frauen und Mädchen vertreten.

Anschaulich und wirkungsvoll schilderte die Referentin den Zustand schreiender Ungerechtigkeit, der darin liegt, daß den Frauen, gleich Kindern und Unmündigen, die unbedingte Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie das Wahlrecht vorenthalten wird. Diesem in der Klassenberichterstattung begründeten Unrecht stehen nicht nur die Männer im allgemeinen, sondern auch der große Teil der Frauen noch gleichgültig gegenüber. Scharf und trefend widerlegte Genossin Zetkin die Einwände, welche von den Gegnern der Gleichberechtigung der Frau erhoben werden. Man spricht der Frau die politische Reife ab. Aber sind es denn die unreifen Frauen und nicht die reifen Männer, welche heute noch die Reaktionäre, die Vollerordnungs- und Brotwiderer in den Reichstag senden? Wie kann man es wagen, die Frauen als unreif für die Ausübung politischer Rechte zu erklären, während eine Frau im hohen Greisenalter bis zu ihrem Tode reif genug war, das englische Volk zu beherrschen, und ein blutjunges Mädchen für reif genug gilt, den Königsthron von Holland einzunehmen und die Herrscherwürde auszuüben? Im weiteren Verlauf ihres Vortrages zeigte Genossin Zetkin, daß weder die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen noch die bürgerlichen Parteien ernste Schritte zur Erreichung der Gleichberechtigung der Frau auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts gemacht haben. Der neuerdings von nationalliberaler Seite gestellte Antrag, den Frauen die Teilnahme an socialpolitischen Vereinen zu gestatten, steht im Zeichen des Japses. Wenn er Gesetz werden sollte, so wird damit der juristischen Auslegungslust ein neues Gebiet eröffnet, denn wer kann sagen, wo die Grenze liegt zwischen politischen und socialpolitischen Bestrebungen. Zum Schluß wies die Referentin darauf hin, daß die Socialdemokratie die einzige Vorkämpferin für die volle Gleichberechtigung der Frau ist.

Die Versammlung nahm den Vortag der Genossin Zetkin mit lebhaftem Beifall auf und stimmte einer Resolution zu, welche gegen die politische Weichlichkeit des weiblichen Geschlechts mit Nachdruck protestiert, und die Forderung erhebt: Aufhebung aller landesgesetzlichen Bestimmungen, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, Einführung eines einheitlichen, freien, für Männer und Frauen gleichen Reichs-Vereinsgesetzes, sowie aktives und passives Wahlrecht der Frauen zu allen öffentlichen und gesetzgebenden Körperschaften.

Die Kellnerinnen-Bewegung soll nach einer Zeitungskorrespondenz aus Anlaß der Bundesratsverordnung zum Schutze der Angestellten im Gastwirts-gewerbe wieder in Fluß gebracht werden. Eine socialpolitische Frauengruppe will zunächst mittels Fragebogen ein Umfrage über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Kellnerinnen veranstalten, die Kellnerinnen selbst für eine Kontrolle über die Schutzbestimmungen der Bundesratsverordnung zu intereffieren suchen und eventuell, auf Grund des gesammelten Materials, noch besondere Bestimmungen zum Schutze der weiblichen Gastwirtsangestellten von der Gesetzgebung verlangen.

Ueber die Entlohnung der Frauennarbeit wird der „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ aus Elmshorn berichtet: Wie niedrig hier die Löhne für das weibliche Geschlecht sind, davon dürfte mancher keine Vorstellung haben. Die niedrigste Stufe nehmen die Dienstmädchen ein. Hier sind jährliche Entlohnungen von 20 bis 40 Thalern gona und gebe. Wie mit den Dienstmädchen, so steht es auch mit den Schneiderinnen; auch deren Entlohnung ist miserabel. Mädchen, die den Tag außer dem Hause arbeiten, bekommen 80 Pf. bis 1,20 M. und haben dann obendrein zu Mittag bloß einen Teller Suppe und des Nachmittags eine Tasse Kaffee. Das übrige, wie Wohnung, Morgen- und Abendbrot müssen die Eltern für ein paar Mark die Woche leisten, oder die Mädchen mieten sich selbst ein Zimmer und essen dann gewöhnlich trodenes Brot. Die angenommenen zu Hause ausgeführte Arbeit wird auch zu ungläublich billigen Preisen hergestellt, und unter diesen allen steht noch die Waschen, Hemden- u. Konfektion. Nicht um davon zu leben, sondern nur um zum Unterhalt der Familie eine Kleinigkeit beizutragen zu können, wird die zuletzt genannte Arbeit von den Frauen unsrer Arbeiter hergestellt.

Sociales.

Petitionen um Aufrechterhaltung der 11 stündigen Ruhepause für das Ladenaerial in Fleischer-Geschäften, gemäß § 139a der R.-G.-O., haben jetzt die Organisationen der Fleischer-Gesellen, der Centralverband sowohl wie auch der Bund an den Reichstag und ersterer gleichfalls an den Bundesrat gerichtet. In den beiderseitig gegebenen Begründungen wird besonders darauf hingewiesen, daß die Arbeitszeit im Fleischer-gewerbe, auch für das Ladenaerial, gerade lang genug, ist, sehr selten durch Rausen unterbrochen und deshalb die bisher geschaffene Einschränkung derselben durch die Gesetzgebung wohl nötig sei. Die Herren Meister haben allerdings in verschiedenen Eingaben an den Reichstag und die Regierung die Aufhebung der angezogenen gesetzlichen Bestimmung gefordert und um Einführung einer höchstens neunstündigen ununterbrochenen Ruhepause petitioniert. Zu Gegenlag zu den Gesellen stellen sie natürlich die Arbeitszeit recht kurz und die sonstigen Verhältnisse ihres Personals nur günstig dar. Daser wären wirklich unparteiische Untersuchungen in aller Eile notwendig, damit der Regierung und auch der Öffentlichkeit einmal klar wird, auf welcher Seite das Recht ist.

Bei einer Arbeitslosen-zählung in Wühlhausen in Thüringen wurden 416 gänzlich Arbeitslose festgestellt. Unter diesen Arbeitslosen befinden sich 231 verheiratete mit 600 Kindern. Mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten 201 Personen. Unter diesen befinden sich 126 verheiratete mit 306 Kindern. Die Zählung zeigt, daß über tausend Personen nicht wissen, wie sie morgen ihren Hunger stillen sollen.

Was die moderne Gesellschaft gegen die Arbeitslosigkeit thut! Die Stadtvertretung von Worms hat von der Inangriffnahme von Notstandsarbeiten abgesehen, obgleich in den letzten Tagen 204 Arbeitslose gezählt wurden!

Das Arbeitsamt in Stuttgart gab früher den Arbeitsuchenden mündliche Auskunft über Streiks und Lohnbewegungen. Dadurch wurde verhütet, daß das Arbeitsamt auf die Stufe eines Streikbrecher-Eingebungsbureaus hinabsank. Später ist diese selbstverständliche Einrichtung beseitigt worden. Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts richteten nun an den Gemeinderat das Ersuchen, den früheren Zustand im Arbeitsamt wieder herzustellen. Für das socialpolitische Verständnis des Gemeinderats ist es bezeichnend, daß er diese Eingabe abschlägig beschied.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Trozdem in Charlottenburg alle Lokale frei sind außer dem Lokal von Schönhauser, früher Wenzlow, Spreestraße 8, so veranstaltet doch der Klub „Batavia“ am Sonntag, den 8. Februar, in diesem einzig gesperrten Lokal einen Maosenball. Man versucht nun unter der Charlottenburger und Berliner Arbeiterschaft Billets abzusehen. Wo dieses Angebot gemacht wird, weise man die Karten zurück und weide strengstens das Verlangen.

Erster Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 8 Uhr, im großen Saale der Reimhallen, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein stattfindet. Schriftsteller Genosse Georg Bernhard referiert über „Die Föllner auf Schleißweg“. Rege Beteiligung erwarten Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 Uhr, spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Genossin Klara Zetkin-Stuttgarter über: „Weib und Arbeiterin im Lichte der Socialdemokratie“. Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet Der Vertrauensmann.

In Spandau ist Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr bei Wehe, Bielefelderstraße, die Generalversammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Ueber den Anspruch der socialdemokratischen Fraktion auf einen Sitz in der Schulddeputation wurde in der gestrigen Sitzung noch nicht entschieden. Die Zettelwahl ergab nur für neun der zu wählenden elf Mitglieder eine Mehrheit. Um die übrigen zwei Sitze haben unsre Genossen Singer und Vorkmann mit den freisinnigen Kreiting und Preuß in einer Stichwahl zu kämpfen, die in der nächsten Sitzung vorgenommen werden wird. Die „Rene Dinsle“ hätte für Singer und Vorkmann gestimmt, hatte aber dadurch den Zorn der „Alten Linken“ in dem Grade erregt, daß diese den Herren Kreiting und Preuß die Unterstützung verweigerte.

Aus der von der socialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag, die Einkommen von 600—900 Mark künftig nicht mehr zu besteuern, wurde gestern noch nicht erledigt. Genosse Bruns wies in seiner Begründung darauf hin, daß die gegenwärtige Kotlage eines großen Teiles der arbeitenden Bevölkerung diese Forderung jetzt mehr als je rechtfertigt, und daß andererseits von der durch die Stadtverordneten-Wahlen herbeigeführten Verschärfung des Stimmverhältnisses für den Antrag jetzt ein besserer Erfolg als im vorigen Jahre zu erwarten sei. Herr Cassel und seine Leute waren aber der Ansicht, daß die Sache, über die nun schon seit vollen zwei Jahren immer von neuem verhandelt worden ist, erst noch einmal geprüft und erwogen werden müsse, und verlangten die Ueberweisung an den später zu wählenden Staatsauschuß. Es blieb unklar, ob die bisherigen Gegner des Antrages nur ihren Nützlich in unaufrichtiger Weise bewertstelligen wollen, oder ob sie hoffen, in dem Auschuß etliche Freunde des Antrages noch zum Umfallen bringen zu können. Das Hausagrarium, das ja stets am entschiedensten gegen die Befestigung der 4 Mark-Steuer aufgetreten ist, schickte die Herren Ballach und Glagel vor. Die Palme trug diesmal Herr Glagel davon, den es drängte, „auszusprechen, was ihm augenblicklich bewegte“ — nämlich den Wunsch, daß der Antrag abgelehnt werde. Er verfluchte jedoch, daß es ihm „schwer falle“. Wenigstens ein Trost für die Steuerzahler der 2. Stufe! Genosse Singer gab schließlich die Erklärung ab, daß aus principellen Gründen auch die socialdemokratische Fraktion sich der Ueberweisung an den Staatsauschuß nicht widersetzen wolle. Man dürfe denken, um Cassel die nochmalige Prüfung auch deshalb nicht zu verwehren, damit sie nicht hinterher einen erwünschten Vorwand zur Ablehnung hätten.

Nach Erledigung mehrerer Vorlagen, die mehr oder weniger rasch abgethan wurden, führte der Magistratsantrag, einen Teil der Kosten der für die Bäderdorfer Bergarbeiter geplanten Wohnhausbauten zu übernehmen, zu einer sehr lebhaften Debatte. Genosse Singer verlangte, daß zum mindesten dafür gesorgt werde, daß das Mietverhältnis vom Arbeitsverhältnis getrennt werde, damit nicht die sogenannte Wohlfahrts-einrichtung dieser Arbeiterwohnungen in der Hand des Unternehmers zu einer Waffe gegen die Arbeiter werde. Die Forderung, für die Mietverträge eine Kündigungsfrist von drei Monaten festzusetzen, wurde übereinstimmend selbst von Herrn Ballach unterstützt, während Herr Haderland eifrig für eine möglichst enge Verquickung des Mietverhältnisses mit dem Arbeitsverhältnis sprach. Der die Kündigung betreffende Antrag unsrer Genossen wurde schließlich mit knapper Mehrheit durchgeleitet.

Die Sitzung endete mit einer überaus heiteren Episode: der Besprechung der Anfrage Kreiting's über den Auszug der Weichselungen, der in dem städtischen Hall-Gymnasium getrieben worden ist.

Die elektrische Beleuchtung hat in Berlin, trotz der Ausbreitung des Gasglühlichtes, in den letzten Jahren weiter und sogar recht beträchtlich zugenommen. Bis 1901 haben sich die der öffentlichen Beleuchtung dienenden elektrischen Lampen auf 445 Vogenlampen und 112 Glühlampen vermehrt. Die Zahl der elektrischen Lampen zur Privatbeleuchtung, die durch die Berliner Elektrizitätswerke oder aus privaten Betrieben gespeist werden, ist (nach den Ermittlungen der Verwaltung der städtischen Gaswerke) auf 22 000 Vogenlampen und 515 000 Glühlampen gestiegen. Fünf Jahre vorher, im Jahre 1896, waren in Berlin für die öffentliche Beleuchtung erst 201 Vogenlampen und 10 Glühlampen, für die Privatbeleuchtung erst 11 788 Vogenlampen und 250 100 Glühlampen in Betrieb gewesen. Die Zunahme beträgt für das letzte Jahrstück bei der öffentlichen Beleuchtung 244 Vogenlampen und 102 Glühlampen, bei der privaten Beleuchtung 11 771 Vogenlampen und 204 917 Glühlampen, allein für das letzte Jahr bei der öffentlichen Beleuchtung 129 Vogenlampen (keine Glühlampe), bei der privaten Beleuchtung 8511 Vogenlampen und 64 284 Glühlampen. Bei der öffentlichen wie bei der privaten Beleuchtung ist

die Gesamtzahl der elektrischen Lampen in den fünf Jahren 1896 bis 1901 auf mehr als das Doppelte gestiegen.

Straßenverkauf warmer Speisen und Getränke. Der Polizeipräsident giebt bekannt: Dem Verbot der Berliner Volkssüden von 1886 wird hiermit vorbehaltlich der seitens des Stadtausschusses auf Grund des § 33 der Gewerbe-Ordnung zu erteilenden Erlaubnis die straßenpolizeiliche Erlaubnis erteilt, auf den hiesigen Straßen und Plätzen während der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags warmen Kaffee, Kakao, Thee und Suppe von umherfahrenden Dreiräder-Transportwagen aus, welche deutlich erkennbar die Aufschrift 'Verbot der Berliner Volkssüden von 1886' führen müssen, verkaufen zu lassen. Ausgenommen von dieser Erlaubnis ist derjenige Teil der Stadt, welcher begrenzt wird von der Friedrichstraße zwischen der Weidendammer Brücke und der Strauensestraße, von der Strauensestraße bis zur Kommodantenstraße, von dieser sowie von der Leipzigerstraße, vom Spittelmarkt, von der Getraudenbrücke und der Spree bis wieder zur Weidendammer Brücke — die Grenzstraßen mit einbegriffen. Ferner sind ausgenommen: die Gollnowstraße, die Linienstraße zwischen der Prenzlauerstraße und der Reuen Königsstraße, die Leipzigerstraße, der Leipziger Platz, der Potsdamer Platz, die Potsdamerstraße, die Potsdamer Brücke nebst der Victoria-Brücke, die Welkenesstraße, die die Friedrichstraße schneidenden Querstraßen, die Königsstraße, der Alexanderplatz, die Alexander-, Münz-, Prenzlauer-, Reue Königs- und Vandsbergerstraße, die Umgebung der Central-Markthalle. Die Friedrichstraße, Leipzigerstraße und die Straße Unter den Linden dürfen in ihrer Längsrichtung nicht befahren werden.

Ein Spahn für Berlin. Eine etwas mysteriös gehaltene Aeußerung der 'Germania' deutet doch offen genug an, daß auch die Berliner Universität ihren Spahn erhalten soll. Die notwendige Befestigung des Lehrstuhls des verstorbenen Historikers Schäffer-Boichorst soll dazu dienen, daß auch in Berlin der katholische Geschichts-wissenschaft eine 'paritätische' Stätte bereitet werden soll.

Ueber die Entwicklung der Kriminalphotographie hielt gestern Abend in der Deutschen Gesellschaft von Freunden der Photographie Gerichtschreiber Dr. Paul Jekerich einen Vortrag. Er belegte alle seine Vorkühnungen durch Beispiele aus der Praxis und einzelne dieser Fälle, die einen wahrhaft indischerhaften Spürsinn bekundeten, grenzten fast an Wunderbare. Bei der Leiche eines Ermordeten wurden Haare vorgefunden, die man anfänglich für Menschenhaare hielt. Es gelang dem Vortragenden, nachzuweisen, daß die Haare von einem Hunde herührten und daß der Hund alt, glatthaarig und kurzhaarig war. Das Signalment genügte, um den Hund ausfindig zu machen. Der damalige Besitzer wurde eruiert, und man fand den Mörder. Herr Dr. Jekerich ging dann zu den Blutspuren über. Tierblut unterscheidet sich bekanntlich durchaus von Menschenblut; das Menschenblut hat die größte Zähigkeit mit dem Lebenssaft des Menschen. Die thatsächlichen Nachweise über verschiedene Blutsorten waren hochinteressant. Wenn die Fingerringe der Berliner Kriminalpolizei im ganzen mit den Fortschritten der Chemie auf einer Stufe stünde, dann gäbe es in Berlin vielleicht wirklich weniger mörderische Mörder.

Hochstapler. Das Polizeipräsidium teilt mit: In den letzten Tagen sind eine Reihe von Hochstaplern und Betrügern, hier und außerhalb, welche lange gesucht wurden, zur Haft gebracht worden, so ein Journalist Josef Tengel, welcher unter dem Namen eines Grafen v. Hartmann, Graf Hohenau, Graf Walde, v. Werdenberg usw. sich als politischer Flüchtling ausgab und namentlich in Ostpreußen vertrauensvolle Personen um größere Geldbeträge unter Hinterlegung gefälschter Wechsel geschädigt hat. Sodann ist hier heute ein Agent Karl Birx in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden, welcher namentlich in den Kreisen kleiner Leute durch Erwidmung von Aufnahme-Anträgen und Prämien für Krankenversicherungen, als deren Agent er sich ausgab, ein gemeingefährliches Treiben entfaltet hat. Sodann gelang die Festnahme des ehemaligen Kutschers Robert Schneider, welcher seine Opfer hauptsächlich unter den Bierfahrern suchte. Er schwindelte denselben vor, daß er ihnen für eine Fabrik, in welcher er als Arbeiter beschäftigt sei, die Lieferung von Flaschenbier verschaffen könnte, und ließ sich zum Teil ganz erhebliche Beträge als Provision zahlen. Endlich ist in der Person eines stellunglosen Handlungsgehilfen Edwin Richter ein Betrüger ermittelt und festgenommen worden, welcher ein altes Schwindelmanöver unter Zuhilfenahme eines neuen Tricks mit großem Erfolge durchgeführt hat. Der Genannte gab größeren Zeitungen Inserate auf, durch welche er angeblich einen Buchhalter für eine Brauerei suchte und um Ueberweisung von Zeugnissen und Briefmarken zum Rückporto ersuchte. Um nun diesen oft angewandten Schwindelmanöver einen mehr vertrauensverweckenden Anstrich zu geben, ließ es in den Annoncen: 'Lehrreicher bevorzugt', 'Waher bevorzugt' usw. Daß das Geschäft seinen Mann ernährt hat, dürfte daraus hervorgehen, daß Richter einen Teil seiner Mietsverbindlichkeiten mit Briefmarken bedien konnte. Die vier genannten Betrüger sind in einer großen Anzahl von Fällen überführt, dürften aber noch in weit größerem Umfange ihre schwindelhaften Thätigkeiten ausgeführt haben. Anzeigen werden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 43, in den Vormittagsstunden und in den Polizeirevierien entgegengenommen.

Berliner Adressbuch. Der erste Nachtrag zum diesjährigen Adressbuch gelangt von heute ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit dem Erscheinen der Haupt-Ausgabe bis zum 16. Januar d. J. angemeldeten Wohnungsänderungen, Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, Zugänge von außerhalb, Verichtigungen usw. und bildet somit eine wesentliche Ergänzung und Vereinerung des Hauptbuches. Der Nachtrag wird in der Haupt-Expedition des 'Berliner Lokal-Anzeigers', S.W., Zimmerstr. 37-41 und in dessen sämtlichen Filial-Expeditionen an die Besitzer der Hauptausgabe 1902 mitsamtlich verabfolgt. Der zweite Nachtrag, welcher namentlich die April-Zugänge berücksichtigen soll, wird im Mai erscheinen.

Verschunden ist seit einigen Tagen die zwölfjährige Elise Denker aus der Jaglerstr. 30. Sie ist bekleidet mit einem rot-lorrierten Rock, einer alten, weißgestreiften Schürze, schwarzen Stiefeln und Halbschuhen. Wer etwas von der Verschundenen weiß, wird gebeten, die Polizei oder die Eltern zu benachrichtigen.

Wieder ein Opfer des Straßenverkehrs. Der 23 Jahre alte Schlosser Paul Vogt aus der Geylowskistr. 2 wich am Sonnabendabend um 6 1/2 Uhr auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstelle an der Ecke der Alten Jakob- und Ritterstraße einem Straßenbahnwagen aus und überließ dabei eine Drohse, die von der Lindenstraße her gefahren kam. Die Drohse traf ihn mit dem Scherendamm an der linken Körperseite, und warf ihn um. Da er nicht unter die Räder geriet und keine allzu großen Schmerzen hatte, so glaubte Vogt, noch auf dabangelommen zu sein, und fuhr mit einem Straßenbahnwagen nach Hause. Am nächsten Tage aber wurde sein Befinden so schlecht, daß er ein Krankenhaus aufsuchen mußte. Hier fand er infolge des Unfalls an inneren Verletzungen. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft befehlsgemäß. Der Drohseführer ist nicht ermittelt. Ob ihn eine Schuld trifft, steht noch dahin.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern, Donnerstag-nachmittag der 19 Jahre alte Tischler Max Kolbe aus der Dunder-

straße 14 in der Musikinstrumentenfabrik von Krati u. Co. in der Kastanien-Allee 32. Er geriet mit der linken Hand in das Getriebe der Hobelmaschine, die ihm die ganze Hand ver wundete und den Zeigefinger vollständig abbrach. Der Verunglückte erhielt auf der Rettungswache in der Kastanien-Allee die erste Hilfe und wurde dann vorläufig nach der Wohnung gebracht.

Der Ban des Märkischen Museums in der Wallstraße hat ein Opfer gefordert. Der Arbeiter Otto Seidel aus der Georgenkirchstraße 62, der auf dem Gerüst beschäftigt war, stürzte aus dem 1. Stockwerk hinab und trug außer einem Armbruch schwere innere Verletzungen davon, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Erhängt hat sich Donnerstag früh der 30jährige Drohseführer Stobach aus der Grenzstr. 15. Er war seit etwa drei Jahren verheiratet, lebte in auskömmlichen Verhältnissen und hatte drei Drohse zu fahren. Mit seiner Frau, die ihm ein namhaftes, auf Grundstücke angelegtes Vermögen eingebracht hatte, lebte er in ehelichem Frieden.

Von der Treppe hinabgestürzt ist Donnerstagmittag der 60jährige Kassenbote Karl Gläner aus der Vorkellstr. 14. Schwerverletzt wurde er nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht.

Feuerbericht. Mittwochabend wurde die Wehr nach dem Bahnhof der Hochbahn Schleifendes Thor gerufen, wo in einem Achsenlager ein Brand entstanden war. Die Wehr befeichtigte jedoch nach kurzer Arbeit die Gefahr. Zur selben Zeit mußte Feuersitz 38 ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Nachmittags fingen Marienburgerstraße 30a Betten, Möbel und Kleidungsstücke Feuer, das jedoch noch in Keime erstickt werden konnte. Grenzstr. 17 hatten kurz darauf Polstermöbel und Berg in einem Keller Feuer gefangen. Auch hier gelang es, den entstandenen Brand schnell abzuschließen. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach Steglitzerstraße 33 und Langenbeckstr. 8.

Aus den Nachbarorten.

Aus Lichterberg wird uns berichtet: Mit Hilfe des Kreis-Kriegerverbandes will der Landrat des Kreises Niederbarnim, Herr v. Treslow auf Friedrichsfelde, zur Veränderung der Socialdemokratie zu Leibe gehen. Auf der von 88 Vereinen besuchten Tagung des Verbandes hielt der Herr Landrat eine mächtige Rede, in der er die tapferen Krieger ermahnte, sowohl in den einzelnen Vereinen wie auch sonst überall für eine 'energische und raffische Bekämpfung der socialdemokratischen Verbrechen voll und ganz' Sorge zu tragen.

Herr v. Treslow ist Großgrundbesitzer in Friedrichsfelde, und seinen Wohnsitz hat er in Lichterberg, daß die Einführung der Grundsteuer in genanntem Bezirk gescheitert ist. Nun ziehen die Socialdemokraten unter der Vermittlung ihres prinzipiellen Kommunalwahl-Programms mit der Lösung: 'Der mit der Grundsteuer' in den Gemeinde-Wahlkampf. Kein Wunder, daß dem Herrn Landrat das rapide Vordringen der verhassten Partei in die Verwaltungskörper gerade 'seines' Kreises schmerzhaft berührt; ist sie doch sogar in den dreimal gestiegenen Kreislag eingebunden. Ob die erwähnte Karole an die 'unpolitischen Kriegervereine' etwas nützen wird? Thörichte Frage!

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung erledigte am Mittwoch eine Anzahl wichtiger Vorlagen. Die erste betraf die Rekrutierungsstammrollen. Nach der Vorlage soll der Polizeidirektion unter Aufhebung des bisherigen Vertrages für die Führung der Rekrutierungsstammrollen eine jährliche Entschädigung von 70 Pf. für jeden Stellungspflichtigen seit dem 1. April 1901 ab gezahlt werden. Der für das Jahr 1901 erforderliche Betrag von ca. 2000 M. soll dem Dispositionsfonds entnommen werden. Namens der socialdemokratischen Fraktion beantragte Stadtv. Dr. Worchardt Ablehnung der Vorlage. Redner begründete diese ablehnende Haltung mit dem Hinweis darauf, daß die Polizeibehörden mit den Rekrutierungsstammrollen Mißbrauch treiben, indem sie auch die Zugehörigkeit der Rekruten zu politischen oder gewerkschaftlichen Vereinen darin vermerken. Es sei daher besser, daß der Magistrat die Stammrollen führe, damit ein solcher Mißbrauch anhöret. In der Debatte machte Stadtv. Oberstleutnant Knaal das wertvolle Zugeständnis, daß die Militärbehörden thatsächlich zu ermitteln hätten, welche Rekruten sich zur Socialdemokratie bekennen. Nachdem Stadtv. Hirsch diese Meinung des Herrn Knaal festgenagelt hatte, wurde die Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Socialdemokraten angenommen.

Einem Ausschuss überwiegt die Versammlung die Vorlage betr. Kanalisation des Stadtgebietes jenseits der Spree. Die Kanalisation soll nach dem von den Behörden genehmigten Mißsystem ausgeführt werden; die Kosten für die Herstellung dieses Systems einschließlich der Kosten für das Pumpwerk und für die Druckrohrleitung betragen 10 1/2 Millionen Mark. Für das Pumpwerk sollen zunächst nur vorläufige Maschinen und Pumpen hergestellt werden. Dem Ausschuss gehört auch Stadtv. Vogel (Soc.) an.

Gleichfalls einem Ausschuss überwiegen, in den die Socialdemokraten den Genossen Passche entsandten, wurde die Vorlage betreffend Bewilligung von weiteren 530 200 M. für den Krankenhaus-Neubau. Die Gesamtkosten belaufen sich jetzt auf 3 1/4 Millionen Mark.

Zu einer lebhaften Debatte gab die Vorlage betr. Erhöhung der Umsatzsteuer für bewusste Grundstücke auf 1 Prozent Veranlassung. Die Redner der bürgerlichen Parteien haben schwere Bedenken gegen diese Steuer, hauptsächlich, weil nach ihrer Ansicht der Grundbesitz zu sehr belastet sei. Diesen Bedenken trat Stadtv. Hirsch (Soc.) entgegen, der namens seiner Partei für Annahme der Vorlage sprach. Die Steuer sei eine reine Finanzsteuer, die der Gemeinde Einnahmen verschaffe, ohne daß die minder bemittelten Schichten davon betroffen würden. Ganz verkehrt sei die Annahme, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer eine weitere Steigerung der Mieten zur Folge haben würde, denn der Preis der Mieten richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Er freute sich, daß die Herren jetzt plötzlich ihr warmes Herz für die Mieter entbunden, aber mit der Wohnungsfrage habe diese Steuer nichts zu thun. Ebenso habe die Erfahrung gezeigt, daß die Spekulation durch die höhere Umsatzsteuer nicht eingeschränkt werde. Bemängelt wurde seitens des socialdemokratischen Redners, daß der Magistrat von seinem vor zwei Jahren gemachten Vordring, zwei Drittel des Ertrages der Umsatzsteuer dem Grundbesitzerfonds zuzuführen zu lassen, abgekommen sei. Auf die Frage nach dem Grunde hierfür blieb der Magistrat die Antwort schuldig. Die Vorlage wurde, unter Ablehnung eines Antrags auf Vorrichtung in einer besonderen Kommission, dem Etatsausschuss überwiegen.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Acht uneheliche Erbschaften haben wir diesmal bei den am Sonnabend stattgehabten Gewerbegerichts wahlen, und zwar bei dem Wahlort der Arbeitervereinsmitglieder, wachen müssen. Nicht allein, daß die Wahlzeit eine viel zu kurze war — sie ist leider durch Octofiatul festgelegt —, man hat auch auf die jährlich sich vermehrende Zahl der stimmberechtigten Wähler keine Rücksicht genommen; vielmehr wurde die ganze Handlung in einem einzigen Lokal vorgenommen. Da nun naturgemäß in der Abendstunde der

stärkste Andrang zu sein pflegt, konnte bis um 8 Uhr nur der kleinste Teil der Stimmberechtigten sein Wahlrecht ausüben, so daß Hunderte gezwungen waren, bis gegen 10 Uhr im Wahllokal auszuharren. Diesem Zustande hätte ganz gut durch Einteilung in Bezirke abgeholfen werden können. Es sind im ganzen für die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten als Arbeitervereinsmitglieder 888 Stimmen abgegeben worden gegen 708 Stimmen bei der letzten Wahl. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Von den Arbeitgebern wurden mit je 27 Stimmen gewählt: Schlossermeister Eggert, Zimmermeister v. Fröhlich, Schlichtermeister Hoffmann, Schneidermeister Krösel, Zimmermeister Reichstein, Buchdruckermeister Sens, Gastwirt Reimann, Kaufmann Schwarz, Optiker Meise, Schuhmachermeister Neudorf, Schuhmachermeister Bösch, Kürschner Franke, Gastwirt Arbeiter.

Versammlungen.

Ueber 'Die Krisis und der Zolltarif' sprach am Mittwoch Reichstags-Abgeordneter Dreesbach in einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung in Habels Brauerei. Einleitend wies der Redner auf den Wahlsieg in 10. jährl. Wahlkreis hin, als auf einen neuen Beweis dafür, daß die Mehrheit des Volkes auch in der Frage des Brotwunders mit der Socialdemokratie sieht und denkt, und gab dann in großen Zügen einen Ueberblick über die Geschichte des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland während der letzten dreißig Jahre mit besonderer Berücksichtigung der politischen Maßnahmen. Eingehend schilderte der Redner die verheerenden Wirkungen der gegenwärtigen Krise und erklärte schließlich, daß es demgegenüber eine der schönsten und edelsten Aufgaben sei, durch Presse, Partei und Organisation für die Erzeugung der kapitalistischen, anarchischen Produktionsweise durch eine vernunftgemäße socialistische zu wirken, ein Ziel, dem die wirtschaftliche Entwicklung entgegenstreibe. Kurz geht Genosse Dreesbach auf den Wuchertarif ein, indem er voraussetzt, daß dessen Tendenz im allgemeinen genügend bekannt sei, und kommt zu dem Schluss, daß die Verhandlungen über den Tarif kaum vor den Neuwahlen im Jahre 1903 zu Ende geführt werden könnten. Dann aber würden die Gegner des Brotwunders überwiegen. Trotzdem jetzt wohl im Reichstag eine Mehrheit dafür zu haben sei, solle und müsse der Brotwunder fallen. — Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Da sich trotz Aufforderung kein Gegner zum Wort meldete, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Der Vorsichtige Genosse Paul Scholz forderte zum Anschluß an die Organisation auf, sowie zur exakten Durchführung der Arbeitslosenaktion.

Arbeiter-Sängerbund. In dem Bericht von der letzten Ausschussung ist im letzten Passus ein Tertium vorgekommen betreffend der Adlershofer Vereine. Es muß heißen: 'Wegen des Streitfalles der Vereine 'Frohsinn' und 'Freiheit' wurde Uebergang zur Tagesordnung empfohlen und auch angenommen.'

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werdenschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vorm. 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig den dritten Vortrag des Götter-Bildes aus der Religionsgeschichte. 3. Naturbezeichnung. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Vermischtes.

Hochwasser. Aus AöIn wird gemeldet: Der Rhein und seine Nebenflüsse steigen beträchtlich. Der hiesige Pegelstand zeigt heute vormittag 2.83: das Wasser ist seit gestern um 50 Centimeter gewachsen. Die Mosel bei Trier ist um 1,67 Meter gestiegen; vom Oberrhein wird weiteres Steigen gemeldet. — Auch aus Posen wird berichtet: Die Warthe steigt und hat Donnerstag die Höhe von 2,66 Meter erreicht. Die beiden Ueberfälle sind bereits überflutet.

Großfeuer in Hamburg. Donnerstag früh um 5 Uhr brach in der Delhusemühle von Carl Rambke ein Feuer aus, welches an der Fabrik und einem sechsstöckigen Lagergebäude großen Schaden anrichtete. Das Feuer wurde auf die Gebäude beschränkt und war gegen Mittag von der Feuerwehr bewältigt. Menschen sind nicht um's Leben gekommen.

Die West. Wie der Petersburger 'Regierungsbote' meldet, ist wegen eines in Vatum unter verdächtigen Erscheinungen vorgekommenen Todesfalles angeordnet worden, daß alle aus Vatum auslaufenden Schiffe vor ihrer Abfahrt und nach ihrer Ankunft in den Häfen des Schwarzen Meeres sanitäre Maßnahmen unterworfen werden müssen. Auch die Vatum mit der Eisenbahn verlassenden Personen werden einer ärztlichen Veranschaulichung unterliegen.

Marktpreise von Berlin am 29. Januar 1902
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D. Str.	17,40	Barfassen, neue D. Str.	6 - 4 -
- mittel	17,32	Milchfleisch, Route 1 kg	1,60 1,20
- gering	17,24	do. Markt	1,40 1 -
roggen, gut	14,25	Schweinefleisch	1,70 1,30
- mittel	14,51	Salzfleisch	1,80 1 -
- gering	14,47	Pommesfleisch	1,60 1 -
Gerste, gut	14,50	Butter	2,60 2 -
- mittel	13,90	Eier 60 Stk.	5,20 2,80
- gering	13,80	Kartoffeln 1 kg	2,20 1,20
Hafer, gut	17,10	Kais	2,60 1,40
- mittel	16,50	Hamber	2,60 1,20
- gering	15,90	Schick	2,20 1,20
Maiskorn	7,32	Barische	1,80 0,80
Erbsen	8,40	Schick	3,00 1,40
Spermaceten	50 -	Blie	1,20 0,80
Wamen	60 -	Kreffe	1,20 0,80

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 30. Januar. Der Getreidemarkt war zwar fest, infolge der andauernden Unklarheit der Unternehmern entsprachen die Preissteigerungen jedoch nicht den Erwartungen, die man im Hinblick auf die neuen Tendenzberichte aus Ostreich, Ungarn und Amerika und auf die neuerlichen Preisanflandlungen der Wetterpartien gehegt hatte. Weizen notierte 1/2 bis 1 R. höher, während Roggen seine Preise nur behaupten konnte, da in absehbarer Zeit neue Zufuhren vom Inlande erwartet werden. Das Geschäft entwickelte sich auf Provinzgebieten zeitweise entgegengesetzt. Weizen 1/2 bis 1 R. an. Hafer und Reis waren locus unverändert, Lieferungen aus Amerika 1/2 R. besser bezahlt. Mühl war fest auf Provinzgebieten, Malleferungen 30-60 Pf. höher.

Witterungsübersicht vom 30. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetznitz	761,925		2 bedekt	0	0	Goparanda	763,925		2 bedekt	-25	-25
Damburg	766,925		2 heiter	3	0	Verderburg					
Berlin	765,925		3 bedekt	0	0	Eort	777,925		2 bedekt	-2	-2
Franck/M.	767,925		2 bedekt	1	0	Hersborn					
München	768,925		2 bedekt	-1	0	Paris	769,925		1 bedekt	-1	-1
Wien	767,925		2 wolfig	1	0						

Weiter-Prognose für Freitag, den 31. Januar 1902.
Etwas kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend nach trübe mit leichten Schneefällen und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Max Arnsdorff Specialhaus Berlin SO.
Oranienstrasse 176, Ecke Adalbertstrasse.
Damenkleiderstoffe zur Einsegnung und Ballsaison
billigsten bis zu den elegantesten Qualitäten, zu denkbar soliden und festen Preisen.
von den 8335*La